



31 a V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 3

März 1971

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1971

Aufsätze:

- Urlaub in Schleswig-Holstein
- X Unfälle mit Todesfolge 1969
- Handelsdünger
- Investitionen Handwerk 1967
- Gemeindefinanzreform 1970

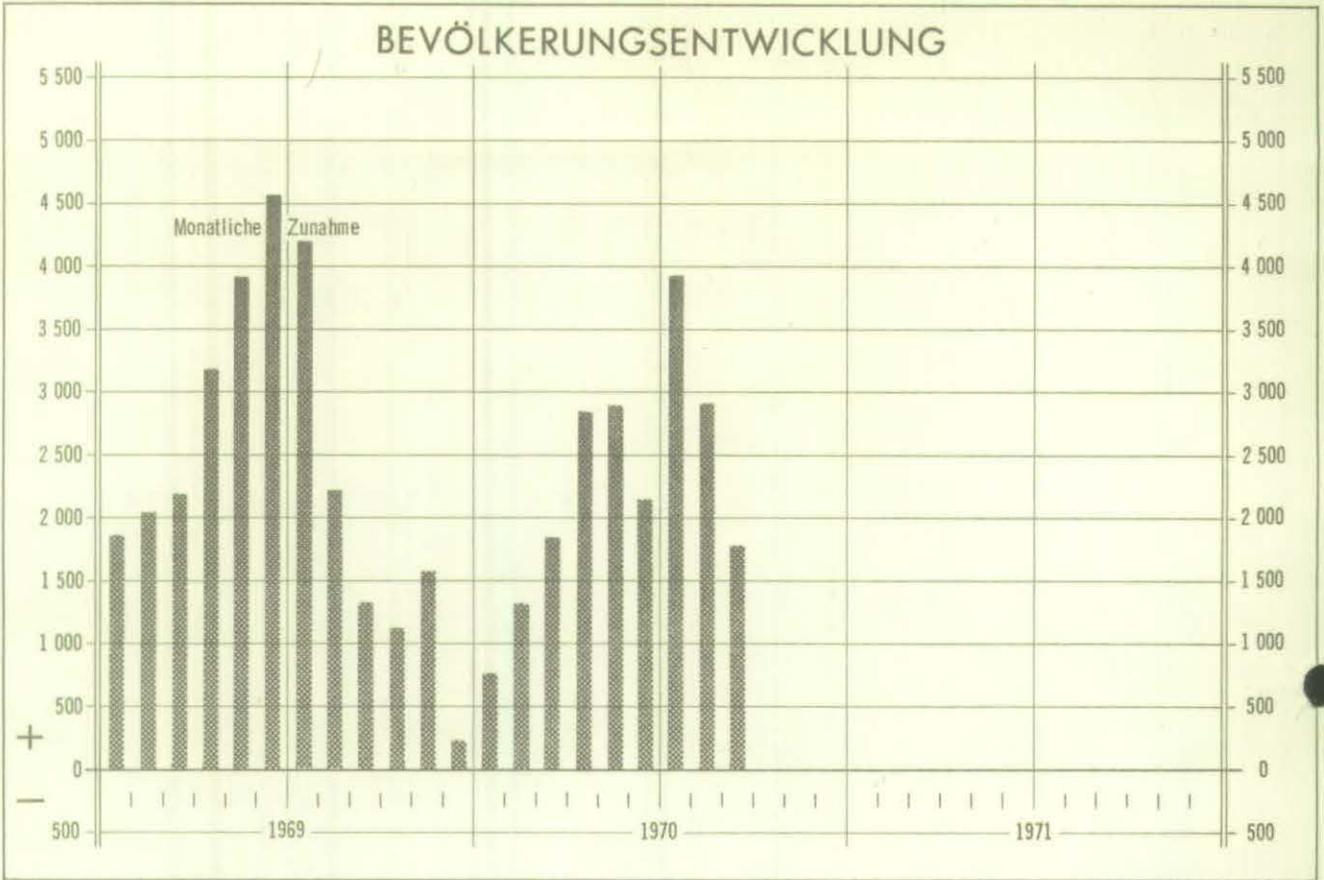
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

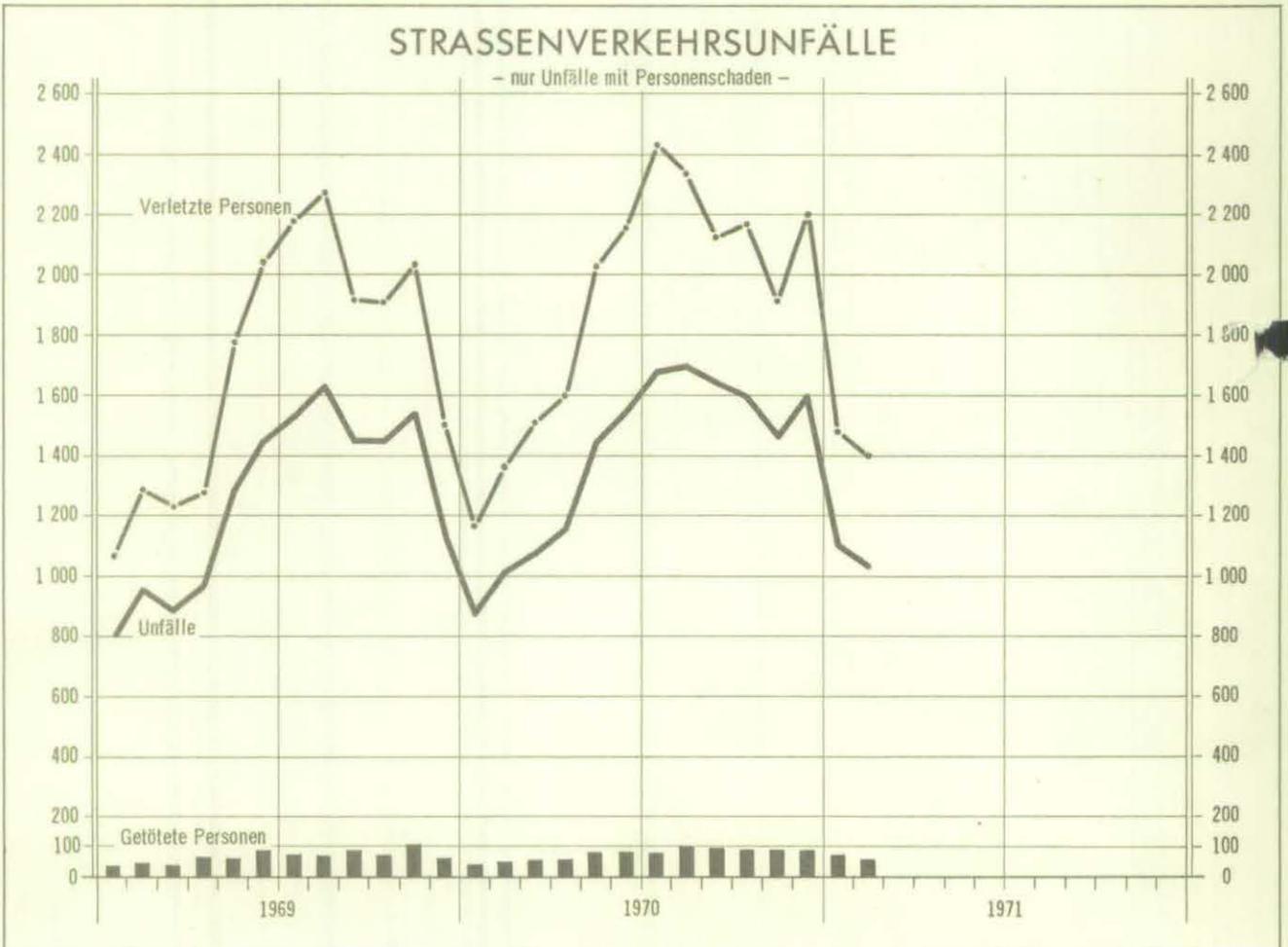


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 4231



INHALT 3/71

	Seite
Aktuelle Auslese	49
Aus dem Inhalt	50
Aufsätze	
Urlaubs- und Erholungsreisen nach Schleswig-Holstein	51—53
Unfälle mit Todesfolge 1969	53—56
Landesdüngeraufwand in der Landwirtschaft	56—60
Investitionen im Handwerk 1967	60—64
Gemeindefinanzreform 1970	64—67
Grafik des Monats	58—59
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	68
Wirtschaftskurven B (Industrie). . . 3. Umschlagseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 9/1970

Entwicklungen in der Landwirtschaft
Spareinlagen 1966 bis 1969
Gemeindewahl 1970
Verjüngung der Kreisvertretungen

Heft 10/1970

Maschinen in der Landwirtschaft
Tiefbau im öffentlichen Auftrag
Diagnosen in Krankenhäusern

Heft 11/12/1970

Landtagswahlkreise 1971
Verdienststruktur im öffentlichen Dienst 1968
Gebäude und Wohnungen 1968 (Teil 2)
Bausparen 1962—1969
Baulandpreise 1969

Heft 1/1971

Gewerbesteuer 1966 (Teil 1)
Erwerbstätige 1970
Ausländer 1970
Baulandumsatz 1962—1969

Heft 2/1971

Betriebsgrößen Landwirtschaft
Getreide- und Ölfruchternte 1970
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen
Wohngeld 1969 und 1970
Industrie 1970
Versorgungsempfänger



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 3

März 1971

Aktuelle Auslese



Über 3 200 Schüler vor dem Abitur 1971

In den Gymnasien Schleswig-Holsteins stehen über 3 200 Schüler in der Reifeprüfung, das sind rund 300 mehr als im Sommer 1970. Hinzu kommen noch gut 200 Schüler aus Fachgymnasien.



Erheblicher Rückgang der Geburten und des Geburtenüberschusses

Auch in Schleswig-Holstein ist ein Geburtenrückgang zu verzeichnen. Im Jahre 1970 wurden in Schleswig-Holstein nur noch 35 157 Lebendgeborene gezählt, das sind 5 200 oder 13 % weniger als im Vorjahr. Gegenüber 1966, dem Jahr mit der höchsten Geburtenzahl in den letzten beiden Jahrzehnten, wurden fast 11 000 Geborene oder 23,5 % weniger registriert.

Während die Zahl der Geborenen abnimmt, verharrt die Zahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner auf dem relativ hohen Niveau von 12,8. Den 35 157 Geborenen im Jahre 1970 stehen 32 984 Gestorbene gegenüber. Das ergibt einen Geburtenüberschuß von 2 173 oder 0,8 je 1 000 Einwohner. Dagegen wurde 1966 ein Geburtenüberschuß von über 16 000 ermittelt. Das waren 7 je 1 000 Einwohner.



Immer noch mehr Kraftfahrzeuge

Im Jahre 1970 ist in Schleswig-Holstein der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen um 58 600 Einheiten oder 9 % stark angestiegen. Insgesamt waren am 1. Januar 1971 rund 721 000 Kraftfahrzeuge zugelassen, darunter allein 595 000 Personenkraftwagen, die mit einer Zuwachsrate von 10 % und einem Anteil von 83 % am Gesamtbestand der Kraftfahrzeuge maßgeblich die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes bestimmten.



Baufertigstellungen und Baugenehmigungen im Wohnungsbau rückläufig – Bauüberhang kräftig angestiegen

Das Bauergebnis des Jahres 1970 blieb in Schleswig-Holstein mit 22 039 fertiggestellten Wohnungen (- 8,6 % gegenüber 1969) hinter den Erwartungen zurück. Bei einem Bauüberhang von 34 171 Wohnungen am 31. 12. 1969, wovon sich 26 107 im Bau befanden, mußte mit einem weitaus höheren Fertigstellungsergebnis gerechnet werden. Die schlechten Witterungsbedingungen in den ersten Monaten des Jahres 1970 müssen als eine Ursache für das unbefriedigende Bauergebnis angesehen werden. Der Anteil des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus ging von 22,5 % auf etwa 19 % zurück.

1970 wurden insgesamt 28 289 Wohnungen zum Bau freigegeben; das sind 1 274 Wohnungen (- 4,3 %) weniger als 1969. Darunter sollen 26 137 Wohnungen durch Neubau von Wohngebäuden entstehen. Die durchschnittlich geplante Wohnfläche je Wohnung liegt in diesen Wohnungen bei fast 80 qm gegenüber 77 qm im Jahre 1969. Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung sind um 12,2 % auf 52 870 DM gestiegen.

Zu dem Bauüberhang von über 34 000 Wohnungen Ende 1969 kamen also 1970 Baugenehmigungen für fast 28 300 Wohnungen hinzu. Demgegenüber stehen die rund 22 000 Fertigstellungen und etwa 1 400 erloschenen Baugenehmigungen, so daß sich für den 31. 12. 1970 ein Bauüberhang von knapp 39 000 Wohnungen ergibt. Das ist der größte Überhang, der je erreicht wurde. Von diesen Bauvorhaben waren fast 18 000 Wohnungen "unter Dach" und über 14 000 "noch nicht unter Dach", d. h. gut 32 000 (82,7 %) "im Bau". Für 1971 ist bei diesem hohen Anteil bereits im Bau befindlicher Wohnungen ein sehr gutes Fertigstellungsergebnis zu erwarten; es könnte sogar ein Rekordjahr werden.

Aus dem Inhalt

Urlaub in Schleswig-Holstein

Seite 51

Einen neuen Zugang zu diesem Bereich modernen Massengeschehens eröffnete der Mikrozensus mit diesbezüglichen Zusatzbefragungen 1962, 1966, 1969 und 1970. Der Bericht entstammt der gemeinsamen Bundesaufbereitung. Ein steigender Anteil der Urlaubs- und Erholungsreisen der Bundesbürger hatte unser Land zum Ziel: 9 %, 11 %, 14,5 % (für 1970 liegen die Ergebnisse noch nicht vor). Von 1966 bis 1969 nahm die Zahl der Inlandsreisen von Bundesbürgern um 1,6 Mill. zu, und 45 % dieses Zuwachses führten nach Schleswig-Holstein. Die meisten Reisenden wohnten hier (1968/69) in Privatquartieren (40 %), weitere 17 % privat ohne Entgelt, 16 % in Hotels und Gasthäusern, 14 % auf Campingplätzen. Gerade hierin führt Schleswig-Holstein, das 42 % aller Campingfreunde aus dem ganzen Bundesgebiet an sich zog. Umgekehrt haben sich etwa 800 000 Schleswig-Holsteiner auf Urlaubsreise begeben, das ist mit etwa einem Drittel der Einwohner etwas weniger als im Bundesdurchschnitt.

Unfälle mit Todesfolge

Seite 53

Jeder zwanzigste Gestorbene ist 1969 in Schleswig-Holstein durch einen Unfall ums Leben gekommen, nämlich 1 653 Menschen. 696 davon, also weniger als die Hälfte, fielen dem Straßenverkehr zum Opfer. Nur etwas weniger starben nach einem Sturz, nämlich 628. Die nächst häufige Ursache, das Ertrinken, kam schon nur 73mal vor.

Ein Drittel aller tödlichen Unfälle waren Hausunfälle. 564 Personen erlagen ihnen, allein 478 durch einen Sturz. Von 100 tödlich im Haus Verunglückten starben 85 an den Folgen eines Sturzes. Fünf Sechstel starben im Alter von 65 und mehr Jahren, und zwar 344 Frauen, aber nur 124 Männer. Von 100 über 65 Jahre alten Personen, die im Haus tödlich verunglückten, waren es 97, deren Tod auf einen Sturz zurückzuführen ist.

Handelsdünger

Seite 56

Der Düngemittelverbrauch ist seit Jahrzehnten außerordentlich gestiegen, besonders bei den Stickstoffdüngern. Anders hätten die sehr hohen Produktionsintensitäten nicht erzielt werden können. 1969/70 hat die schleswig-holsteinische Landwirtschaft etwa 200 Mill. DM für Düngemittel ausgegeben, mehr als ein Drittel dessen, was der Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse ihr eingebracht hat. Je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche wurden 1969/70 106 kg Stickstoff, 83 kg Kali, 77 kg Phosphat, 50 kg Kalk

gestreut (jeweils in Reinnährstoff gemessen). Während der Anteil der Mehrnährstoffdünger bei Stickstoff mit 30 - 32 % seit 1960 konstant blieb, haben sich die Mehrnährstoffdünger bei Phosphat auf 70 % und bei Kali auf 74 % weiter durchgesetzt. Unter den Bundesländern (ohne Stadtstaaten) liegt Schleswig-Holstein im spezifischen Verbrauch bei Stickstoff und Phosphat an der Spitze.

Investitionen Handwerk 1967

Seite 60

Für 173 Mill. DM investierte das schleswig-holsteinische Handwerk 1967, das waren 3,2 % des gesamten Umsatzes. Je tätige Person bedeutete das einen Investitionsbetrag von 1 145 DM. Beim Vergleich mit den entsprechenden Zahlen von 1962 ist die wirtschaftliche Situation (Rezession 1967) zu bedenken. Von den über 20 000 Unternehmen, die mit in die Durchschnittsberechnung eingingen, haben tatsächlich nur 8 600 überhaupt investiert. Unter den Anlagearten stehen bebaute Grundstücke (Errichten von Betriebsgebäuden) und Betriebs- und Geschäftsausstattung mit je einem Drittel vor den Maschinen mit gut einem Viertel und den unbebauten Grundstücken mit 3 %. Die Betriebsgröße beeinflusst sowohl die Höhe der Investitionen als auch ihre Art: kleine und mittlere Unternehmen investierten mehr in Bauten, große mehr in Maschinen. Erstmals werden die Handwerksunternehmen nach der allgemeinen Grundsystematik der Wirtschaftszweige gegliedert.

Gemeindefinanzreform 1970

Seite 64

Ab 1970 wurde die Finanzierung der Gemeindemittel wesentlich geändert: die Gemeinden erhalten 14 % des örtlichen Aufkommens der Lohn- und Einkommensteuer und müssen 40 % ihrer Gewerbesteuererinnahmen abführen. Die Änderung bewirkte eine Erhöhung der gemeindlichen Einnahmen von 501 auf 617 Mill. DM. Der Zuwachs ist je nach Größenklasse und Region verschieden hoch, in einzelnen Gemeinden trat auch Verlust ein. Allgemein ist das Gewicht der sehr konjunktur reagiblen Gewerbesteuer zugunsten des Gewichts der stabileren Einkommensteuer zurückgegangen, die jetzt, nach der Reform, mit vier Zehnteln einen größeren Anteil der Einnahmen stellt als die erstere mit drei Zehnteln. Die Unterschiede der Steuerkraft der Gemeinden haben sich verringert, diejenigen unter 1 000 Einwohnern konnten um 44 % mehr verbuchen, während der Zuwachs im Mittel für alle nur 23 % ausmacht. Der Abstand vom Landesdurchschnitt des Gemeindesteueraufkommens je Einwohner hat sich in allen Größenklassen vermindert.

Urlaubs- und Erholungsreisen nach Schleswig-Holstein

Im Rahmen der Repräsentativerhebungen des Mikrozensus wurde bisher viermal nach Urlaubs- und Erholungsreisen der Bevölkerung gefragt, und zwar im Jahre 1962 eine 1%-Stichprobe und in den Jahren 1966, 1969 und 1970 0,1%-Stichproben. Für die im Oktober 1970 durchgeführte Erhebung liegen zur Zeit noch keine Ergebnisse vor.

Diese Repräsentativbefragungen sollen Auskunft geben über Umfang, Richtung und weitere Merkmale des Urlaubs- und Reiseverkehrs der deutschen Bevölkerung im Inland und Ausland. Sie vermitteln also in erster Linie Eindrücke über das Urlaubsverhalten der Bevölkerung im ganzen Bundesgebiet und sind deshalb auch mit ihrem Fragenprogramm recht breit angelegt. Die Fragen zur Reise betreffen z. B. die Art der Reisen (Einzelreisen oder Geschäftsreisen, Kur oder Verwandtenbesuche), das überwiegende Reiseziel (Land, Reisegebiet), das benutzte Verkehrsmittel, die in Anspruch genommene Unterkunftsart (z. B. Beherbergungsbetriebe, Privatbetriebe oder Campingplätze), Finanzierung und Ausgaben je Reise. Ergebnisse hierüber wurden vom Statistischen Bundesamt in *Wirtschaft und Statistik*¹ sowie in der Fachserie F "Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr"² veröffentlicht.

Die im folgenden gebrachten Zahlen stellen einen Auszug aus diesem umfangreichen für den Bund aufbereiteten Material dar. Es sind hier die Zahlen ausgesucht worden, in denen Schleswig-Holstein als Zielland für Urlaubs- und Erholungsreisen aus dem gesamten Bundesgebiet erscheint.

Die Erhebungen wenden sich unmittelbar an die Haushalte mit der Frage, ob innerhalb von Jahresfrist (z. B. in der Zeit vom 1. 10. 1969 bis 30. 9. 1970) eine Urlaubs-, Erholungs- oder Ferienreise angetreten wurde, die länger als 5 Tage dauerte. Urlaubs- und Erholungsreisen, die mit einer Dienst-, Geschäfts- oder ähnlichen Reise verbunden waren, wurden nicht erfragt. Dagegen wurden Verwandten- und Bekanntenbesuche sowie Ferienaufenthalte von Kindern erfaßt, wenn die sonstigen Voraussetzungen gegeben waren.

Mit dieser Art der Befragung und der tabellarischen Darstellung werden die Vorgänge des Fremdenverkehrs unmittelbar beim Konsumenten, in diesem Falle - repräsentativ - bei

der gesamten Bundesbevölkerung, erfaßt. Die Darstellung ist eine ganz andere, als die durch die Fremdenverkehrsstatistik, die sich an die "Produzenten" von Fremdenverkehrsleistungen wendet, also an die Betriebe des Beherbergungsgewerbes, ferner an die Sanatorien, Heilstätten, Erholungsheime, Jugendherbergen, Campingplätze und an alle anderen Unterkunftsstätten, in denen zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt Unterkunft gewährt wird. Die Erhebungen im Rahmen dieser Fremdenverkehrsstatistik sind auf die sogenannten Fremdenverkehrsgemeinden, rund 3 000 ausgewählte Gemeinden im Bund, darunter 136 Gemeinden in Schleswig-Holstein, beschränkt. Es ist klar, daß die unterschiedlichen Methoden und Betrachtungsweisen beider Erhebungen auch zu verschiedenartigen Ergebnissen führen.

Es muß also bei der Interpretation der nachstehenden Zahlen beachtet werden, daß hier Schleswig-Holstein aus der Sicht der in der Bundesrepublik lebenden, reisenden und erholungsuchenden Menschen gesehen wird. Die Zahlen vernachlässigen die Dienst- und Geschäftsreisen und die kurzen Reisen, von denen anzunehmen ist, daß sie nicht der Erholung dienen. Auch sind kurze Wochenendfahrten der städtischen Bevölkerung in die Naherholungsgebiete und der Ausländer-tourismus nicht enthalten. Wie schon erwähnt, beruhen die Zahlen auf Bundesergebnissen, auf einer das gesamte Bundesgebiet überspannenden Stichprobe. 1969 sind z. B. insgesamt 22 300 Haushalte mit nahezu 60 000 Personen befragt worden. Die Ergebnisse der Stichprobe wurden hochgerechnet, um bessere Vorstellungen über die Größenordnungen zu bekommen. Werte, bei denen der relative Standardfehler zu groß ist, wurden nicht veröffentlicht.

Durch die Haushaltsbefragungen des Mikrozensus wurden für die nachstehenden Zeiträume für das gesamte Bundesgebiet folgende Zahlen von Reisen ermittelt (siehe nächste Tabelle).

Die Zahlen zeigen sehr deutlich, wie stark Schleswig-Holstein in den letzten Jahren als Ferienland an Bedeutung gewonnen hat. Jede 7. Inlandsreise von Bundesbürgern ging 1968/69 nach Schleswig-Holstein. Während die Zahl der Inlandsreisen von Bundesbürgern von 1961/62 bis 1968/69 insgesamt um 61% zunahm, erhöhten sich die Reisen mit dem Zielland Schleswig-Holstein um 159%. Von 1966 auf 1969 erhöhte sich die Zahl der Inlandsreisen im Bundesgebiet um insgesamt 1,6 Mill. und von diesem Zuwachs entfielen allein 45% auf Schleswig-Holstein!

1) "Urlaubs- und Erholungsreise 1962" *Wirtschaft und Statistik* 1/1965, S. 38, "Urlaubs- und Erholungsreisen 1966" *Wirtschaft und Statistik* 1/1968, S. 42

2) Fachserie F, Reihe B, Fremdenverkehr, Sonderbeitrag "Urlaubs- und Erholungsreisen 1962 bzw. 1966"

Urlaubs- und Erholungsreisen der Bundesbürger nach Zielländern

Reiseziel	Reisen						
	1961/62 ¹		1965/66 ¹		1968/69 ¹		
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%	
Schleswig-Holstein	877	9,0	1 560	11,0	2 274	14,5	
Hamburg, Bremen und Berlin	281	2,9	530	3,8	542	3,4	
Niedersachsen	1 226	12,5	1 557	11,0	1 895	12,0	
Nordrhein-Westfalen	1 107	11,3	1 692	12,0	2 089	13,3	
Hessen	770	7,9	1 158	8,2	1 238	7,9	
Rheinland-Pfalz und Saarland	696	7,1	852	6,0	937	6,0	
Baden-Württemberg	1 550	15,8	2 249	15,9	2 295	14,6	
Bayern	2 682	27,4	3 807	27,0	3 993	25,4	
DDR und Berlin (Ost)	594	6,1	720	5,1	466	3,0	
Insgesamt							
	Inland ²	9 783	100	14 125	100	15 729	100
	Ausland	6 258	.	8 462	.	10 362	.
	zusammen	16 041	.	22 587	.	26 091	.

1) jeweils 1. 10. bis 30. 9.

2) einschließlich DDR und Berlin (Ost)

Nach den Ergebnissen der Stichprobe 1966 kamen 31% aller derer, die in Schleswig-Holstein ihren Urlaub verbrachten (ohne Ausländer!) aus dem Lande Nordrhein-Westfalen, jeweils knapp 15% aus Hamburg und aus Niedersachsen. Die Schleswig-Holsteiner selbst sind unter den Urlaubs- und Erholungsgästen ihres Landes mit etwa 13% vertreten.

Die zweite Tabelle, in der die verschiedenen Unterkunftsarten dargestellt sind, gibt einen eindrucksvollen Einblick in die Struktur des Reiseverkehrs der Bundesbevölkerung. 2,27 Mill. Reisen von Bundesbürgern gingen nach Schleswig-Holstein. An erster Stelle stehen die Reisen, bei denen Unterkunft in Privatquartieren gegen Entgelt gewährt wird. Zu ihnen gehören in Schleswig-Holstein 40% der hier verbrachten Urlaubs- und Erholungsreisen. Von nicht geringer Bedeutung sind die Reisen, bei denen Privatquartier ohne Entgelt gewährt wird. Auf sie entfallen 17% aller Reisen. Hier handelt es sich vorwiegend um Verwandten- und Bekanntenbesuche sowie um Ferienbesuche von Kindern. In der Fremdenverkehrsstatistik, die sich ja, wie eingangs erwähnt, nur an Fremdenverkehrsbetriebe und Privatvermieter wendet, die gegen Entgelt Unterkunft gewähren, kann dieser Teil des Urlaubsverkehrs selbstverständlich nicht erscheinen. Immerhin wird im Bundesdurchschnitt bei fast 35% aller Reisen ein solches unentgeltliches Quartier gewährt. Von allen Bundesländern steht hier Nordrhein-Westfalen an der Spitze; fast 54% aller Reisen dorthin sind solche Verwandten- und Bekanntenbesuche. In Schleswig-Holstein sind es dagegen nur 17%.

Andererseits ist Schleswig-Holstein das Bundesland, das für das Campingwesen im

Vergleich zu anderen Bundesländern die größte Bedeutung hat. 42,4% aller Reisen von Bundesbürgern mit Zelt oder Wohnwagen gingen nach Schleswig-Holstein, die restlichen 57,6% verteilen sich auf alle übrigen Länder des Bundes. An zweiter und dritter Stelle nach Schleswig-Holstein stehen die Länder Bayern und Baden-Württemberg. Schleswig-Holstein ist also das bevorzugte Campinggebiet unter den Bundesländern. Innerhalb Schleswig-Holsteins spielt das Campingwesen in Anbetracht des großen Gesamtvolumens des Fremdenverkehrs allerdings nicht diese vorherrschende Rolle. Nur knapp 14% der nach Schleswig-Holstein gerichteten Reisen hatten einen Campingplatz zum Ziel. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß wegen der eingangs erwähnten Beschränkung auf Reisen mit einer Mindestdauer von 5 Tagen der nicht unbedeutende Wochenendverkehr von Städtern in die Naherholungsgebiete und zu den Campingplätzen des Landes in den Zahlen nicht enthalten ist.

Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung des Statistischen Landesamtes Hamburg über die "Freizeitstätten am Wochenende"³ ergab zahlreiche interessante Einzelheiten über diesen Sektor, für den Schleswig-Holstein als Ferien- und Erholungsgebiet von großer Bedeutung ist. Die Untersuchung hat unter anderem ergeben, daß rund 24 000 Hamburger Haushalte ständige Wochenendplätze in Schleswig-Holstein besitzen, von denen 8 000 Wochenendhäuser und Ferienwohnungen und 16 000 Zelte und Wohnwagen sind.

Die Bundesstatistik gibt auch einen gewissen Einblick in das Urlaubs- und Erholungsver-

3) Werner Matti, Freizeitstätten am Wochenende - Ergebnisse einer Hamburger Zusatzbefragung im Mikrozensus 1970 - in "Hamburg in Zahlen" 1/1971, S. 3

Inlandsreisen in der Bundesrepublik 1968/69 nach der Unterkunftsart

Unterkunftsart	Inlandsreisen			
	insgesamt ¹⁾	darunter mit Reiseziel Schleswig-Holstein		
		in 1 000	in %	in % von Spalte 1
	1	2	3	4
Betrieb des Beherbergungsgewerbes	2 544	362	15,9	14,2
Heilstätte und Sanatorium	557	.	.	.
Ferien- und Erholungsheim	915	121	5,3	13,2
Privatquartier gegen Entgelt	4 831	905	39,8	18,7
Privatquartier ohne Entgelt	5 455	392	17,2	7,2
Ferienhaus, Bungalow	696	163	7,2	23,4
Campingplatz	731	310	13,6	42,4
Insgesamt	15 729	2 274	100	14,5

1) einschließlich Reisen in die DDR und nach Berlin (Ost)

halten der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. Im Jahre 1969 wurden rund 680 000 Urlaubs- und Erholungsreisen von Schleswig-Holstein in die Bundesrepublik (einschließlich Schleswig-Holstein) und in die DDR einschließlich Berlin (Ost) gezählt. Hinzu kommen noch rund 260 000 Reisen ins Ausland. Von diesen 940 000 Reisen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung sind 10 - 15% Zweit- oder Drittreisen der gleichen Person. Es sind also 800 000 bis 850 000 Schleswig-Holsteiner, die überhaupt zur Erholung weggefahren sind. Etwa jeder dritte Schleswig-Holsteiner ist also in den Genuß einer solchen Reise gekommen. Im Bundesdurchschnitt liegt dieser Anteil höher. Für die etwas niedrige Reisequote unserer Bevölkerung sind sicherlich ihre Berufs- und Siedlungsstruktur und ihre spezifischen Lebensbedingungen von Bedeutung. Es ist z. B. aus anderen Umfragen bekannt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung im allgemeinen noch einen sehr geringen

Anteil am Reiseverkehr hat und daß weiterhin die großstädtische Bevölkerung wesentlich häufiger eine Erholungsreise unternimmt als die Einwohner von Mittel- und Kleinstädten.

Die innerdeutschen Reiseziele von Schleswig-Holsteinern liegen mit etwa 30% in Schleswig-Holstein selbst und zu jeweils 15% in Niedersachsen und Bayern.

Unter den im Ausland liegenden Reisezielen von Schleswig-Holsteinern standen 1969 bei rund 40% aller 260 000 Auslandsreisenden die Länder Nordeuropas an der Spitze. Es folgte dann Österreich als Reiseziel für 55 000 Reisende aus unserem Lande. Bemerkenswert ist, daß 1966 noch 80 000 Reisen nach Österreich gerichtet waren. Österreich war damals noch das beliebteste Reiseziel, während die Anziehungskraft der nordeuropäischen Länder mit insgesamt 55 000 Reisenden noch nicht so stark war wie heute.

Dipl.-Volksw. Gerhard Muske

Unfälle mit Todesfolge 1969

1969 starben 32 500 Einwohner Schleswig-Holsteins, 16 400 Männer und 16 000 Frauen. 949 Männer und Jungen sowie 704 Frauen und Mädchen kamen dabei durch einen Unfall ums Leben, das sind insgesamt 1 653 Personen. Jeder zwanzigste Gestorbene starb also durch einen Unfall, in acht von zehn Fällen durch einen Verkehrsunfall oder einen Sturz. Den größten Zoll forderten Kraftfahrzeugunfälle

im öffentlichen Verkehr, nämlich 696 Menschen. 9 weitere Personen wurden durch ein Kraftfahrzeug außerhalb öffentlicher Verkehrswege getötet. Nur wenig geringer ist die Zahl derer, die durch einen Sturz zu Tode kamen. Es waren 628.

Im Kraftfahrzeugverkehr verstarben überwiegend männliche Personen. 508 Jungen und Männern stehen 188 weibliche Opfer gegenüber.

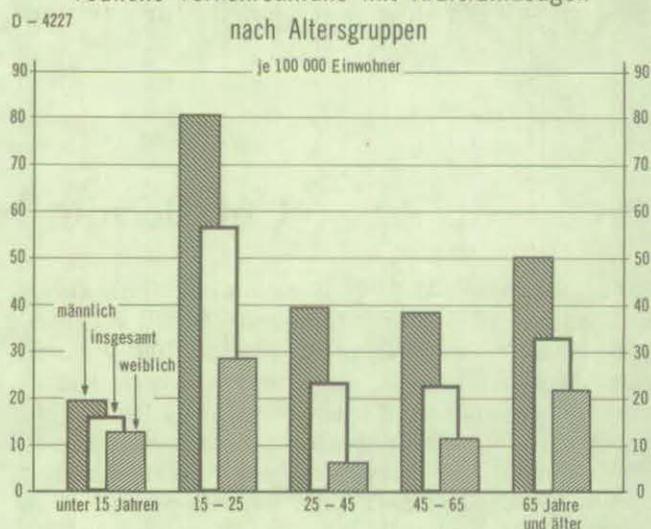
Unfallgestorbene 1969 nach Ursache und Lebensalter

Äußere Ursache des Unfalls	Gestorbene zusammen	davon im Alter von ... Jahren				
		0 - 14	15 - 24	25 - 44	45 - 64	65 u. mehr
Eisenbahnunfälle (Reiseverkehr, Rangierdienst, an Schienenübergängen)	16	—	2	2	5	7
Kraftfahrzeugunfälle im Verkehr zusammen	696	97	186	163	130	120
davon männlich	508	60	142	142	92	72
weiblich	188	37	44	21	38	48
Kraftfahrzeugunfälle außerhalb des Verkehrs	9	1	2	2	—	4
Sonstige Unfälle von Straßenfahrzeugen	8	2	—	—	2	4
Wasserverkehrsunfälle	7	—	3	3	1	—
Verkehrsunfälle in der Luftschifffahrt	2	—	—	2	—	—
Verkehrsunfälle zusammen	738	100	193	172	138	135
Vergiftungen (Unfälle) durch Drogen und Arzneimittel	3	3	—	—	—	—
" " " sonstige feste und flüssige Substanzen	10	1	1	5	3	—
" " " Gase und Dämpfe	15	3	1	3	3	5
Vergiftungen zusammen	28	7	2	8	6	5
Sturz auf oder von Treppen oder Stufen	34	1	—	3	5	25
Sonstiger Sturz aus der Höhe	69	8	2	6	18	35
Sturz auf gleicher Ebene	201	1	—	1	1	198
Sonstige und nicht näher bezeichnete Stürze	324	2	1	2	15	304
Unfälle durch Sturz zusammen	628	12	3	12	39	562
davon männlich	195	8	2	10	22	153
weiblich	433	4	1	2	17	409
Unfälle durch Feuer und Flammen	22	7	1	1	7	6
Unfälle durch Natur- und Umwelteinflüsse	11	—	2	3	3	3
Sonstige Unfälle	224	72	39	53	36	24
durch Ertrinken und Untergehen	73	21	13	24	9	6
mechanisches Ersticken	44	35	2	4	1	2
fallenden Gegenstand	19	3	3	4	7	2
elektrischen Strom	12	—	5	5	1	1
Spätfolgen von Unfallverletzungen	2	—	—	1	—	1
Insgesamt	1 653	198	240	250	229	736
davon männlich	949	121	190	220	158	260
weiblich	704	77	50	30	71	476

Die höchste Sterblichkeit ergab sich für die 15- bis 25jährigen Männer, von denen 81 aus 100 000 starben. Diese Spitze zeigt sich für Männer und Frauen gleichermaßen, nur liegt sie bei den Frauen ungleich niedriger. Von 100 000 Frauen dieses Alters starben 29 im Kraftfahrzeugverkehr. Wie die grafische Darstellung ausweist, folgt die Sterblichkeitskurve der Frauen fast abbildgleich der Sterblichkeitskurve der Männer, bloß auf einem niedrigeren Niveau.

Vergleiche mit den Ergebnissen der aus den Verkehrsunfallanzeigen der Polizei ermittelten Zahlen sind nur bedingt möglich. Die hier erwähnten Verkehrstoten des Jahres 1969 sind sämtlich Schleswig-Holsteiner im Sinne der Bestimmungen über die Wohnbevölkerung. Die Verkehrstopfer, die die auf den Verkehrs-

Tödliche Verkehrsunfälle mit Kraftfahrzeugen
nach Altersgruppen



unfallanzeigen fußende Statistik ausweist, sind auf schleswig-holsteinischen öffentlichen Straßen in einen Unfall verwickelt worden. Ob sie in Bayern zu Hause sind oder in Dänemark, ist dabei unerheblich. Auch rechnen die auf Grund der Verkehrsunfallanzeigen registrierten Toten immer in das Jahr, in dem sie verunglückten, während für die hier abgedruckten Zahlen aus der Todesursachenstatistik allein das Sterbejahr entscheidend ist. Die Zahl der Toten auf Grund der Verkehrsunfallanzeigen liegt um rund 12% über der der standesamtlich registrierten Verkehrstoten.

628 Einwohner starben infolge eines Sturzes; die weitaus meisten von ihnen waren über 65 Jahre alt. Vor allen Dingen mußten auf diese Weise ältere Frauen ihr Leben lassen. Leider gaben die Leichenschauischeine keine Klarheit über den zahlenmäßigen Umfang der einzelnen Sturzarten; denn 324 der 628 Todesfälle waren nicht genau bezeichnet. Soviel läßt sich freilich sagen, daß die Stürze auf gleicher Ebene den meisten zum Verhängnis geworden sind. Unebenheiten des Bodens, Bordsteine, vereiste Straßen, Schwellen, lose Läufer und Brücken können das auslösende Moment gewesen sein. Stürze, die durch Krankheitszustände wie Zerebralsklerose, Schlaganfälle und deren Auswirkungen wie Schwindelanfälle, Ohnmachten und anderes körperliches Unwohlsein ausgelöst werden, gelten unter den hier verwendeten unikausalen Todesursachen nicht als Stürze.

Aus den übrigen Unfallarten ragen Ertrinken mit 73 und mechanisches Ersticken mit 44 Toten heraus. An mechanischem Ersticken starben überwiegend Säuglinge und Kleinkinder. Erbrochenes, verschluckte Nahrungsmittel aller Art, Ersticken in Bett oder Wiege durch Bettzeug, Lätzchen und dergleichen sind die Gründe gewesen.

Auf Anregung der "Aktion Das Sichere Haus", die sich den Arbeitsschutz sowie die Unfall- und Schadenverhütung in Haushalt und Freizeit zur Aufgabe gesetzt hat, wertet das Statistische Landesamt auch die tödlichen Unfälle aus, die sich im Haus oder Haushalt ereignen. Ob es sich um einen solchen Unfall handelt, läßt sich dem Leichenschauischein entnehmen.

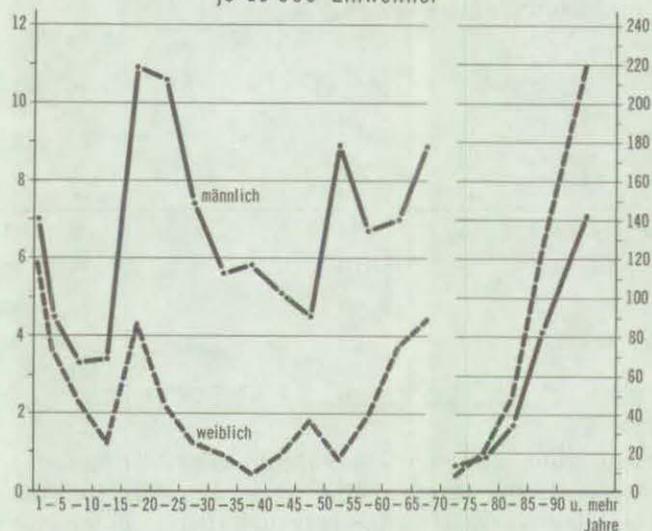
Ein Drittel aller tödlichen Unfälle waren Hausunfälle. Es verstarben 180 Jungen und Männer und 384 Mädchen und Frauen. 124 Männer und 344 Frauen, also zusammen 468 (83%) waren zur Zeit ihres Todes 65 und mehr Jahre alt. In der gesamten Bevölkerung befinden sich unter 468 Personen dieser Altersgruppe (über 65 Jahre) jedoch 185 Männer und nur 283 Frauen. In dieser Altersgruppe sind also die Frauen stärker vom Tod durch einen Hausunfall

An Hausunfällen Gestorbene 1969
nach Ursache und Lebensalter

Todesursache	Gestorbene zusammen	davon im Alter von ... Jahren				
		0 bis 14	15 bis 24	25 bis 44	45 bis 64	65 und mehr
Vergiftungen						
männlich	3	3	—	—	—	—
weiblich	12	3	2	—	3	4
zusammen	15	6	2	—	3	4
Stürze						
männlich	134	—	—	2	13	119
weiblich	344	2	—	1	6	335
zusammen	478	2	—	3	19	454
Sturz auf gleicher Ebene						
männlich	45	—	—	—	—	45
weiblich	148	—	—	—	—	148
zusammen	193	—	—	—	—	193
Übrige Stürze	69	2	—	2	12	53
Sonstige und nicht näher bezeichnete Stürze						
männlich	58	—	—	1	4	53
weiblich	158	—	—	—	3	155
zusammen	216	—	—	1	7	208
Feuer und Brand						
männlich	9	2	—	1	2	4
weiblich	8	1	—	—	4	3
zusammen	17	3	—	1	6	7
Mechanisches Ersticken						
männlich	21	20	1	—	—	—
weiblich	15	13	—	1	—	1
zusammen	36	33	1	1	—	1
Elektrischer Strom	2	—	—	2	—	—
Sonstige Unfälle	16	10	1	2	1	2
Insgesamt						
männlich	180	32	2	7	15	124
weiblich	384	22	2	2	14	344
zusammen	564	54	4	9	29	468

D - 4228

Tödliche Unfälle nach Altersgruppen
je 10 000 Einwohner



bedroht als die Männer. Auch die Sterbeziffern (Gestorbene je 10 000 Personen gleichen Alters) zeigen, daß die beiden Geschlechter in ihrer Unfall-Mortalität für die höchsten Altersjahre stark voneinander abweichen (siehe Bild). Angesichts des hohen Anteils von fünf Sechstel der über 65jährigen an allen, die durch einen Unfall im Hause oder seine Folgen gestorben sind, kommt es nicht von ungefähr, daß der überwiegende Teil der Verstorbenen einem Sturz zum Opfer fiel. Mindestens 193 alte Leute mußten ihr Leben lassen, weil sie auf glattem Boden ausglitten, über Teppiche und anderes stolperten oder durch Türschwellen und ähnliches zum Straucheln gebracht wurden und die Belastung eines langen Krankenlagers schließlich nicht

überstanden. Die Zahl liegt sicher noch höher; denn für einen großen Teil der übrigen Stürze waren die Angaben in der Todesbescheinigung nicht ausführlich genug gehalten, um Näheres über die Art sagen zu können. Insgesamt verstarben 478 Personen infolge eines Sturzes, 454 Personen waren davon 65 Jahre oder älter. Von 100 Personen, die im Haus tödlich verunglückten, starben 85 an den Folgen eines Sturzes. Von 100 über 65 Jahre alten tödlich im Haus Verunglückten waren es 97, deren Unfalltod auf einen Sturz zurückzuführen ist.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Vergleiche auch: "Unnatürliche Todesfälle 1967" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 199 (September)

Handelsdüngeraufwand in der Landwirtschaft

Eine moderne, leistungsfähige Landwirtschaft mit den heute, insbesondere in Westeuropa, erreichten sehr hohen Produktionsintensitäten ist ohne Handelsdünger nicht denkbar. Der Begriff "Kunstdünger" wird hier mit Absicht nicht verwendet, da außer den gebräuchlichen Stickstoffdüngemitteln, deren N-Gehalt synthetisch aus dem Luft-N gewonnen wird, die übrigen Düngemittel lediglich aufbereitete Mineralien (Meeresablagerungen) darstellen.

Es kann nachfolgend nur die Verbrauchsentwicklung der drei Hauptnährstoffe Stickstoff (N), Phosphorsäure (P_2O_5), Kali (K_2O) und des Kalks (CaO) aufgezeigt werden. Über den Verbrauch von Spurennährstoffen, wie Magnesium, Kupfer, Mangan usw., die mit den steigenden Pflanzenerträgen und dem damit einhergehenden steigenden Entzug immer mehr ins Minimum geraten und damit an Bedeutung gewinnen, kann an dieser Stelle nicht berichtet werden.

Aus der Übersicht wird die außerordentliche Steigerung des Düngemittelverbrauchs deutlich. Am stärksten sind dabei die Zunahmen im Stickstoffverbrauch. Der Stickstoff hat von allen Nährstoffen den größten Ertragssteigerungseffekt. Die optimalen Höchstmengen an Stickstoff konnten im Laufe der letzten Jahre insbesondere bei Getreide durch Züchtung standfesterer Sorten und durch Anwendung von Halmverkürzungsmitteln laufend angehoben werden, und diese weiteren Möglichkeiten zur Ertragssteigerung hat sich die hiesige Landwirtschaft nicht entgehen lassen. Schätzungsweise gab die schleswig-holsteinische Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1969/70 über 200 Mill. DM für Düngemittel (ohne Pflanzenschutzmittel) aus, das ist mehr als ein Drittel der Verkaufserlöse für pflanzliche Erzeugnisse (1969/70 = 553,2 Mill. DM). Für Pflanzenschutzmittel dürften schätzungsweise nochmals Ausgaben von mindestens 35 Mill. DM hinzukommen.

Der Gesamtverbrauch an Handelsdünger in Schleswig-Holstein

Nährstoff	1938/39 ^a	1950/51 ^a	1960/61 ^a	1967/68	1968/69	1969/70
	in 1 000 t Reinnährstoff					
Stickstoff (N)	28,9	31,3	67,0	95,2	103,7	122,9
Phosphat (P_2O_5)	41,4	43,6	69,9	77,6	81,6	88,6
Kali (K_2O)	58,2	66,4	89,1	88,9	87,7	96,2
Kalk ¹ (CaO)	118,3	73,4	45,6	40,8	49,5	57,3

1) nur Kalk in reinen Kalkdüngemitteln

a) einschließlich Hamburg

Aus der zweiten Übersicht wird die außerordentliche Steigerung des Düngemittelaufwandes auch je ha landwirtschaftlich genutzter

Fläche deutlich. Allein im letzten Wirtschaftsjahr nahm der Stickstoffaufwand um 19% auf nunmehr 106 kg N (das sind etwa fünf Zentner

Der Handelsdüngeraufwand in Schleswig-Holstein

Nährstoff	1938/39 ^a	1950/51 ^a	1960/61 ^a	1967/68	1968/69	1969/70
In kg Reinnährstoff je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche						
Stickstoff	23,0	26,4	54,7	81,7	89,3	106,1
Phosphat	33,0	36,7	57,1	66,6	70,3	76,5
Kali	46,4	54,9	72,8	76,3	75,6	83,0
Kalk ¹	94,3	61,9	37,2	35,0	42,7	49,5

1) nur Kalk in reinen Kalkdüngemitteln

a) einschließlich Hamburg

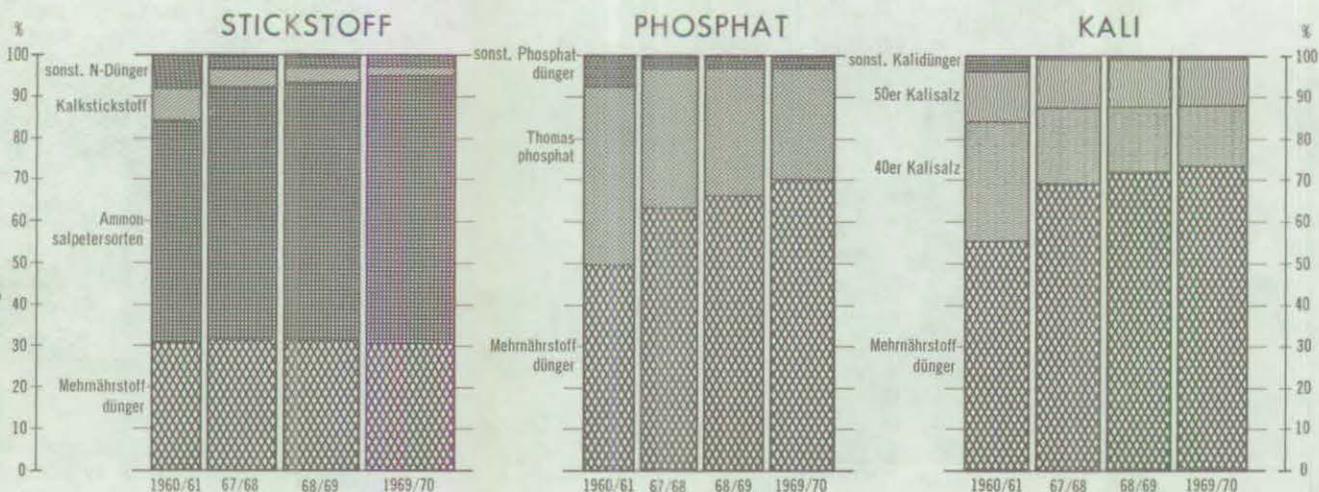
Kalkammonsalpeter) je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) zu. Damit wurde mehr als die vierfache Menge der Jahre 1938/39 und 1950/51 ausgestreut. Bei Phosphat und Kali sind die Steigerungsraten nicht so hoch, wenngleich auch hier die Vorjahresmengen um 9% und 10% übertroffen wurden. Die Nährstoffentzüge durch die laufend steigenden Erträge dürften im Durchschnitt bei Phosphat und Kali etwa wieder ersetzt werden. Auch bei Kalk werden die Entzüge wohl wieder ersetzt, obwohl die heute ausgebrachten Mengen noch weit unter dem Niveau von 1938/39 liegen. Inwieweit auch die Aus-

waschungsverluste bei Kalk und ebenso bei Kali durch die zugeführten Mengen ersetzt werden und inwieweit noch Zufuhrbedarf auf bestimmten Bodenarten und Standorten vorhanden ist, um optimale Pflanzenerträge zu erreichen, kann nicht beurteilt werden. Bei der Beurteilung der Kalkversorgung muß man berücksichtigen, daß zu den ausgewiesenen Mengen, die mit den reinen Kalkdüngemitteln ausgestreut werden, noch beträchtliche Mengen an Kalk hinzukommen, die in den Stickstoff- und Phosphatdüngemitteln enthalten sind.

D - 4233

DIE ANTEILE DER DÜNGERSORTEN AM GESAMTVERBRAUCH

- berechnet in t Reinnährstoff -



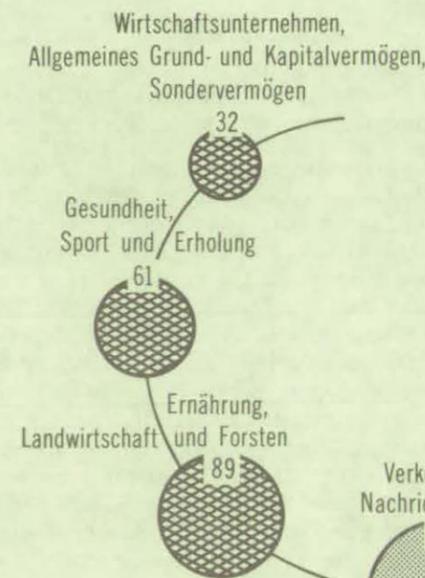
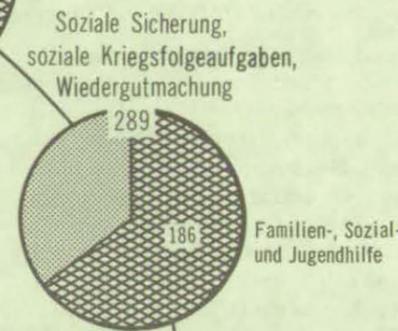
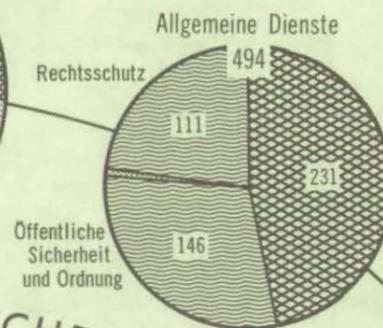
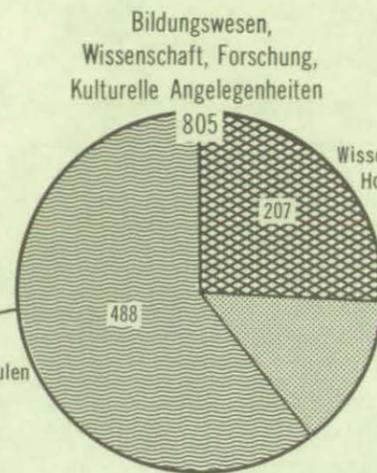
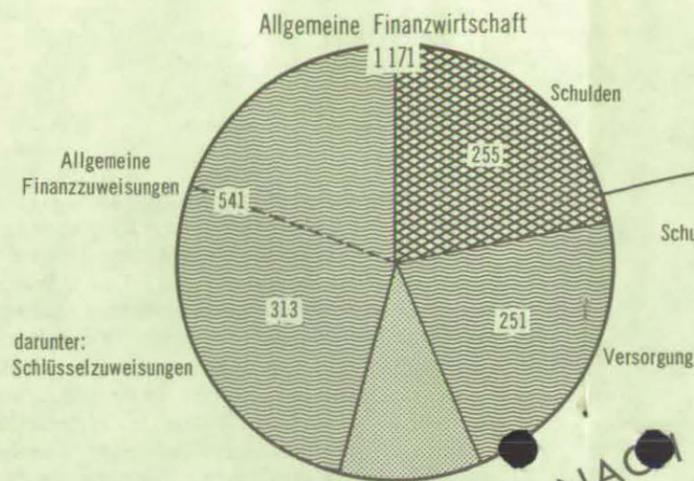
Die Anteile der einzelnen Düngersorten haben sich bei Phosphat und Kali, wie das Bild zeigt, weiter zugunsten der Mehrnährstoffdünger verändert. Bei Stickstoff blieb der Anteil der Mehrnährstoffdünger seit Jahren bei etwa 30%. Gegenüber den Einnährstoffdüngern bieten die Mehrnährstoffdünger besonders für den bäuerlichen Betrieb eine erhebliche Arbeitseinsparung beim Ausbringen. Außerdem können die verbreiteten relativ preisgünstigen Anbau-Schleuderdüngerstreuer

verwendet werden, die eine hohe Flächenleistung ermöglichen.

Knapp ein Drittel des Stickstoffs, zwei Drittel des Phosphats und fast drei Viertel des Kalis wurden 1968/69 in Form von Mehrnährstoffdüngern ausgebracht. Als Einzeldünger haben vor allem die Ammonsalpetersorten beim Stickstoff, Thomasmehl beim Phosphat sowie 40er und 50er Kalisalz Bedeutung. Bei den Mehrnährstoffdüngern überwiegen die Volldünger (NPK-Dünger) mit

LANDESHAUSHALT 1971

- Haushaltsplan -



Die Einnahmen und Ausgaben sind nach der erstmalig im Haushalt 1970 verwendeten neuen Haushaltssystematik geordnet. Die neue Gruppierung lehnt sich ökonomischen Gesichtspunkten auf der Grundlage des Staatskontos der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an. Sie erlaubt die volkswirtschaftlich wichtige Unterscheidung nach Verbrauchs- und Investitionsausgaben. Zu den bisher schon bekannten Einnahme- und Ausgabebegriffen sind einige neue hinzugekommen:

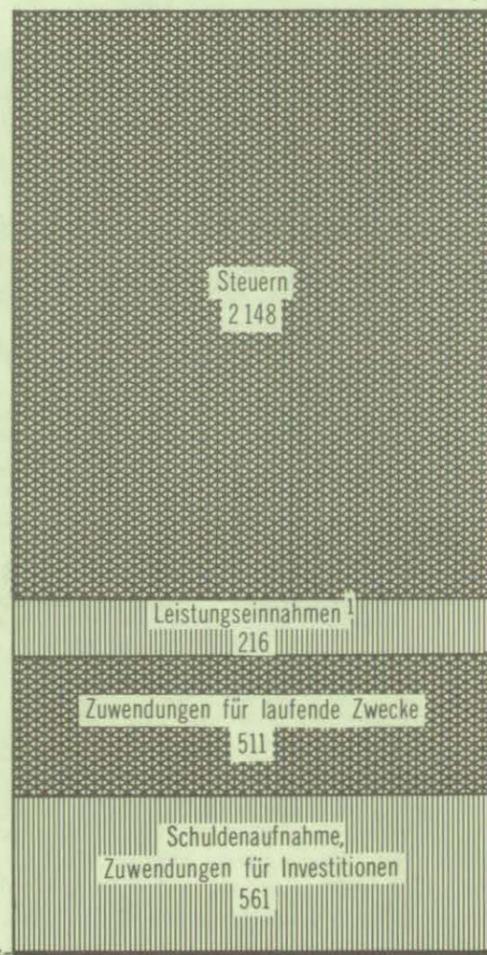
Leistungseinnahmen:
Einnahmen aus Dienstleistungen, z. B. Gebühren und Entgelte

Zuwendungen für laufende Zwecke:
Allgemeine Finanzaufgaben, z. B. Länderfinanzausgleich, Kommunaler Finanzausgleich

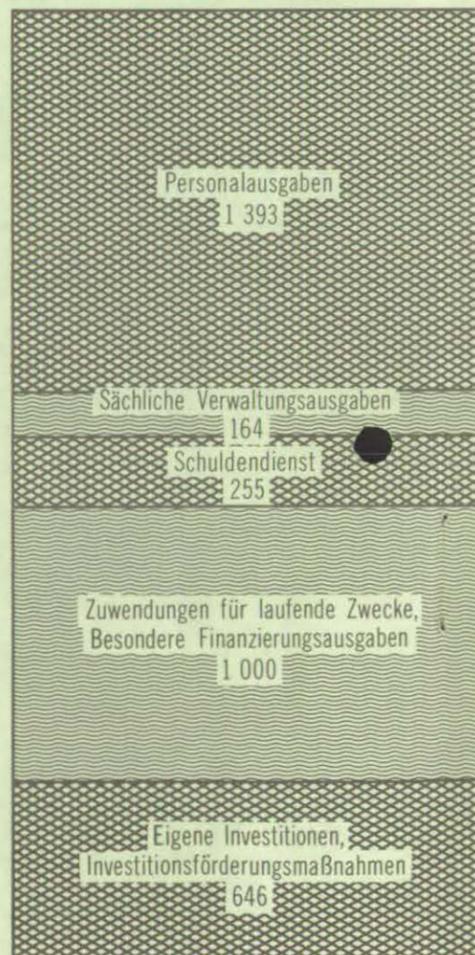
besondere Finanzierungseinnahmen/ausgaben:
Haushaltstechnische Verrechnungen, z. B. Erstattung des Bundes für Verwaltungsausgaben der Gemeinden im Rahmen des LAG

EINNAHMEN

NACH ARTEN IN MILLIONEN DM



AUSGABEN



1) einschließlich steuerähnlicher Einnahmen

Der Aufwand an Nährstoffen in den Bundesländern 1969/70

Land	Stickstoff	Phosphat	Kali	Kalk
	in kg Reinnährstoff je ha landw. genutzter Fläche			
Schleswig-Holstein	106,1	76,5	83,0	49,5
Niedersachsen	95,8	67,6	92,9	71,4
Nordrhein-Westfalen	102,5	61,8	92,4	68,1
Hessen	68,8	59,0	69,8	41,5
Rheinland-Pfalz	71,5	63,4	82,0	33,7
Baden-Württemberg	55,2	54,0	66,9	10,3
Bayern	63,9	61,9	80,7	40,8
Saarland	40,9	35,2	40,0	19,8
Bundesgebiet	79,7	62,9	82,3	47,5

Stickstoff (N), Phosphat (P) und Kali (K) gegenüber den Zweinährstoff-(PK-)Düngemitteln.

Sieht man von den Stadtstaaten ab, die wegen ihres unverhältnismäßig hohen Anteils von Intensivbetrieben (Gärtnereien) einen besonders hohen Düngemittelaufwand haben, liegt Schleswig-Holstein mit 106 kg N/ha LF vor Nordrhein-Westfalen mit 103 kg N/ha LF an der Spitze. Niedersachsen kommt mit 96 kg N/ha LF ebenfalls sehr hoch. In Baden-Württemberg und besonders im Saarland wird noch vergleichsweise wenig Stickstoffdünger gestreut.

Im Phosphataufwand ist Schleswig-Holstein ebenfalls führend (abgesehen von Bremen), während im Kaliumaufwand Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (wiederum nächst Bremen) höher liegen.

Diese Spitzenstellung im Düngemittelaufwand hatte Schleswig-Holstein in der Vorkriegszeit noch nicht. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wurden damals wesentlich größere Düngermengen ausgestreut als hier. Aber auch Rheinland-Pfalz und Hessen hatten noch einen höheren Stickstoffaufwand als Schleswig-Holstein. 1938/39 wurden in Schleswig-Holstein und Hamburg zusammen durchschnittlich erst 23 kg Stickstoff, 33 kg Phosphat und 46 kg Kali, daneben jedoch 94 kg Ca O in reinen Kalkdüngemitteln ausgestreut.

Bei einem Blick über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus zeigen sich bereits in euro-

Der Düngemittelaufwand in den europäischen OECD-Ländern 1967/68

Land	Stickstoff	Phosphat	Kali
	in kg Reinnährstoff je ha landw. Nutzfläche		
Niederlande	153,4	47,2	57,3
Belgien	104,1	78,3	107,1
Dänemark	77,0	39,6	57,5
Bundesrepublik Deutschland	68,4	58,8	76,7
Schleswig-Holstein	81,7	66,6	76,3
Norwegen	67,5	52,7	58,4
Luxemburg	59,1	53,8	52,0
Schweden	49,2	35,0	32,2
Großbritannien ¹	46,5	23,8	25,6
Frankreich	33,5	44,5	34,2
Österreich	25,2	33,5	44,4
Italien	23,5	22,8	8,8
Portugal	20,7	11,4	4,3
Griechenland	17,3	11,6	1,4
Schweiz	14,6	20,1	26,6
Spanien	14,0	10,3	3,0
Irland	11,3	30,8	26,1
Türkei	2,6	2,5	0,2

1) einschließlich Nordirland

päischen Ländern erheblich größere Unterschiede im Düngemittelaufwand. Die neuesten Zahlen aus den europäischen OECD-Ländern stammen aus dem Wirtschaftsjahr 1967/68.

Betrachtet man den Düngemittelaufwand der Niederlande, insbesondere den an Stickstoff, so wird deutlich, daß nicht nur in den südeuropäischen Ländern, sondern auch in der Bundesrepublik, insbesondere in den norddeutschen Ländern, weitere Ertragsreserven durch höheren Düngemittelaufwand zu mobilisieren sind. In den südeuropäischen Ländern dagegen wird eine Steigerung des Düngemittelaufwandes allein oft nicht die erwünschten Ertragssteigerungen bringen, da hier sehr schnell das Wasser ins Minimum gerät und eine zusätzliche Bewässerung für eine Steigerung der Bodenproduktion wirkungsvoller oder einzig erfolgversprechend ist.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Handelsdüngeraufwand in Schleswig-Holstein, den Bundesländern und den EWG-Ländern" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 279 (Dezember)

Investitionen im Handwerk 1967

Ergebnisse der Handwerkszählung 1968

Den Darlegungen über die Investitionstätigkeit im Handwerk sei die allgemeine Bemerkung vorangestellt, daß die Investitionen von heute Beschäftigung und Einkommen von morgen bestimmen.

Im schleswig-holsteinischen Handwerk wurden im Jahre 1967 Investitionen - Bruttozugänge an Sachanlagen - im Werte von knapp 173 Mill. DM getätigt. Auf den Umsatz (einschließlich Handelsware) bezogen waren

das 3,2%; je tätige Person ergab sich ein Investitionsbetrag von 1 145 DM. Vergleichbare Daten gibt es nur aus der vorhergehenden Handwerkszählung für das Jahr 1962. Damals hatten die Handwerksunternehmen des Landes mit 189 Mill. DM nominal etwa 10% mehr aufgewendet als 1967, der Anteil am Umsatz hatte 5% und der Investitionsbetrag je tätige Person 1 300 DM betragen. Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist die unterschiedliche Wirtschaftslage der beiden Erhebungsjahre zu berücksichtigen, insbesondere der Umstand, daß 1967 ein ausgesprochenes Rezessionsjahr war. Das Schwergewicht der Darstellung liegt daher nicht so sehr im zeitlichen Vergleich, sondern mehr auf strukturellen Unterschieden. Zur Methode ist zu bemerken, daß sowohl 1967 als auch 1962 nur Unternehmen, die während des ganzen Erhebungsjahres bestanden haben (sogenannte Volljahresmelder), einbezogen wurden. Außerdem kamen die Daten der handwerklichen Nebenbetriebe aus sachlichen Gründen nicht in die Erhebungsmasse. Die Investitionsdaten für 1967 beziehen sich also auf 20 475 Unternehmen mit 150 000 tätigen Personen. Tatsächlich investiert haben aber nur 8 600 Handwerker. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß es im Handwerk viele kleine Betriebe und auch eine Reihe schrumpfender Branchen gibt. Für diese ist es geradezu charakteristisch, daß Investitionen nicht mehr lohnend erscheinen und daher unterbleiben. In der Industrie ist der Anteil der investierenden Unternehmen erheblich größer als im Handwerk. Von 2 145 Industrieunternehmen wiesen 1 880 Investitionen nach (1967).

Unter den einzelnen Anlagearten standen 1967 bebaute Grundstücke, in der Hauptsache wohl die Errichtung von Betriebsgebäuden, an erster Stelle, auf sie entfielen mit 61 Mill. DM über 35% des gesamten Investitionsaufwandes.

Investitionen 1962 und 1967 nach Anlagearten

Art	1962		1967	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Grundstücke mit Bauten	55 934	29,6	61 038	35,4
Grundstücke ohne Bauten	4 550	2,4	5 425	3,1
Maschinen und maschinelle Anlagen	48 719	25,8	48 056	27,8
Betriebs- und Geschäftsausstattung ¹	79 887	42,2	58 145	33,7
Investitionen insgesamt	189 090	100	172 664	100
darunter Selbsterstellte Anlagen (auch Gebäude)	6 239	3,3	5 724	3,3

1) einschließlich Werkzeuge, aktivierte geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge und Schiffe

Nicht viel weniger, nämlich knapp 34% (58 Mill. DM), wurden für die Anschaffung von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgegeben. Maschinen und maschinelle Anlagen schlugen mit 48 Mill. DM oder knapp 28% der gesamten Investitionssumme zu Buch. Im Jahre 1962 hatten die Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung mit fast 80 Mill. DM oder 42% der damals nachgewiesenen Investitionen den ersten Platz eingenommen. In beiden Berichtsjahren stellte das Handwerk nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der benötigten Investitionsgüter selbst her (gut 3%).

Investitionen und Betriebsgröße

In den verschiedenen Betriebsgrößen ist der Anteil der Investitionen am Umsatz kaum Schwankungen unterworfen. Etwas differenzierter fallen die Investitionsbeträge je Beschäftigten in den verschiedenen Betriebsgrößen aus. Sie steigen zuerst mit zunehmender Betriebsgröße von 1 040 DM auf 1 226 DM in Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten, gehen bei der nächstgrößeren Gruppe aber

Investitionen 1967 nach der Betriebsgröße

Größenklasse (tätige Personen)	Unternehmen		Investitionen			Investitionen insgesamt	
	insgesamt	darunter mit Investitionen	insgesamt	darunter Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung ¹	DM je tätige Person	% des Umsatzes ²
1 - 9	17 258	6 183	61 894	12 771	23 073	1 040	3,2
10 - 19	1 862	1 306	28 616	5 854	9 739	1 140	3,2
20 - 49	959	778	34 676	8 075	10 301	1 226	3,2
50 - 99	297	265	23 139	9 093	7 135	1 140	3,1
100 und mehr	99	95	24 345	12 264	7 901	1 383	3,6
Handwerk insgesamt	20 475	8 627	172 664	48 056	58 145	1 145	3,2

1) einschließlich Werkzeuge, aktivierte geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge und Schiffe

2) einschließlich Handelsware

wieder zurück. In den großen handwerklichen Unternehmen (100 und mehr tätige Personen) wurde mit 1 383 DM je Beschäftigten am meisten von allen Größenklassen und vergleichsweise um gut 20% mehr investiert als im Durchschnitt aller Handwerksunternehmen. Der Anteil der Investitionssumme am Umsatz war daher auch mit 3,6% überdurchschnittlich hoch.

Auch die Investitionsstruktur steht im Zusammenhang mit der Betriebsgröße: Die kleineren und mittleren Handwerker investierten mehr in bebaute Grundstücke (40% bis 44%) und weniger in Maschinen und maschinelle Anlagen (20% bis 23%). Bei den großen Handwerksunternehmen (100 und mehr Beschäftigte) lag der Investitionsschwerpunkt mit rund 50% des gesamten Betrages eindeutig auf Maschinen, auf bebaute Grundstücke entfielen dagegen nur etwas mehr als 12%. Dieser Unterschied könnte darauf beruhen, daß die kleineren Handwerker Betriebsstätte und Wohnung häufiger unter einem Dach haben. Diese Annahme wird durch Daten aus dem Jahre 1962 gestützt; damals bestand in Betrieben der Größenklasse 1 - 9 Beschäftigte fast die Hälfte der Investitionsart "Bebaute Grundstücke" aus Wohngebäuden (für 1967 wurden Investitionen in Wohngebäude nicht getrennt ermittelt). Der Vergleich mit der Investitionsstruktur des Jahres 1962 zeigt überdies weitere Übereinstimmungen auf: Die großen Unternehmen (100 und mehr Beschäftigte) hatten auch 1962 am meisten in Maschinen

Investitionsstruktur 1967 nach der Betriebsgröße

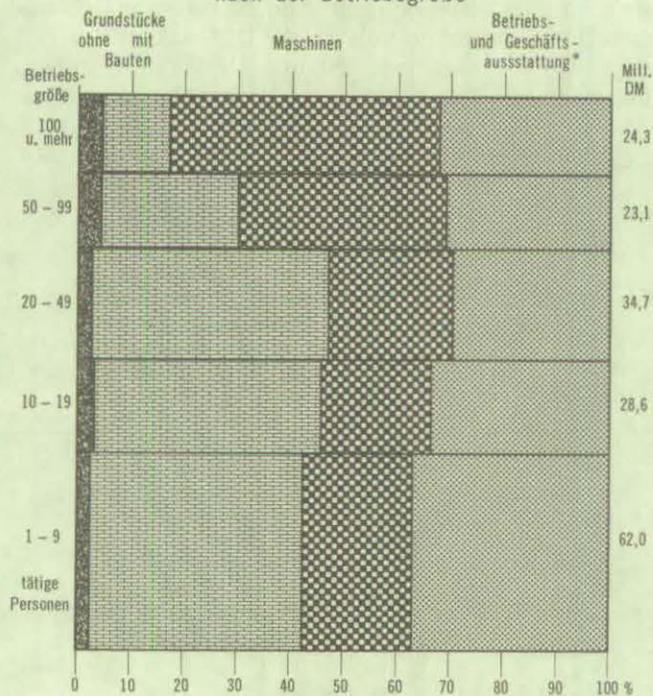
Größenklasse (tätige Personen)	1 000 DM	Investitionen insgesamt			
		davon in %			Betriebs- und Geschäfts- aus- stattung ¹
		Grundstücke mit Bauten	Grundstücke ohne Bauten	Ma- schinen	
1 - 9	61 894	39,9	2,2	20,6	37,3
10 - 19	28 616	42,2	3,3	20,5	34,0
20 - 49	34 676	44,2	2,8	23,3	29,7
50 - 99	23 139	25,5	4,4	39,3	30,8
100 und mehr	24 345	12,4	4,7	50,4	32,5
Handwerk insges.	172 664	35,4	3,1	27,8	33,7

1) einschließlich Werkzeuge, geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge und Schiffe

(rund 44%) investiert, während die kleinen Handwerker (1 - 9 Beschäftigte) erheblich weniger, nämlich nur 17% ihres Investitionsvolumens für diese Anschaffungen ausgaben. Für bebaute Grundstücke wurde 1967 von den großen Unternehmen mit 12,4% ein fast gleich großer Anteil wie 1962 verwendet, bei den kleinen Handwerkern waren es mit 40% nur etwas mehr als 1962 (33%); diese Übereinstimmungen in der Investitionsstruktur dürfen aber noch nicht als Regelmäßigkeit der Investitionsentscheidungen aufgefaßt werden. Dafür sind zwei Erhebungsjahre nicht ausreichend.

D - 4225

Investitionen im Handwerk
nach der Betriebsgröße



*) einschl. Werkzeuge, aktivierte geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge und Schiffe

Investitionen in wirtschaftlicher Gliederung

Die Ergebnisse der Handwerkszählung 1968 werden erstmals auch nach der Systematik der Wirtschaftszweige (Grundsystematik) von 1961 dargestellt. Damit ist zwar der unmittelbare Vergleich mit den Ergebnissen der vorangegangenen Handwerkszählungen erschwert, die nach aus der Handwerksordnung abgeleiteten Handwerkszweigen gegliedert waren, es wird damit aber das Handwerk in eine für alle wirtschaftlichen Institutionen gleichermaßen gültige Ordnung eingepaßt. Für die Zuordnung im Einzelfall war die Auffassung des Unternehmers von dem Schwerpunkt seiner wirtschaftlichen Tätigkeit maßgebend. Da alle in die Handwerksrolle eingetragenen Wirtschaftseinheiten zu erfassen waren, ergibt sich daraus, daß Handwerker auch im Handel nachgewiesen werden. Das ist z. B. der Fall, wenn ein in die Handwerksrolle eingetragener Schneidermeister die Anfertigung von Bekleidungsstücken zugunsten des Einzelhandels mit Bekleidung soweit einschränkt, daß der Handwerksumsatz geringer wird als der Handelsumsatz. In der nachstehenden Tabelle konnten einmal aus Geheimhaltungsgründen

Investitionen nach Wirtschaftsgliederung

Nr. der Systematik	Wirtschaftsgruppe (ausgewählte) Wirtschaftsunterabteilung (ausgewählte) Wirtschaftsabteilung	Investitionen						Investitionen insgesamt	
		Unternehmen		darunter				DM je tötige Person	% des Umsatzes
		insgesamt	darunter mit Investitionen	insgesamt	Grundstücke mit Bauten	Maschinen und maschinelle Anlagen	Betriebs- ¹ und Geschäftsausstattung		
1 000 DM									
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	33	19	544	144	188	190	1 629	2,5
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	169	97	2 114	806	651	601	2 041	6,0
23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	536	247	4 305	2 652	569	827	1 711	6,0
240	Stahl- und Leichtmetallbau	246	166	3 806	1 725	604	1 386	1 094	2,5
242	Maschinenbau	952	376	4 880	1 466	1 844	1 538	1 053	2,8
244	Straßenfahrzeugbau	958	527	15 354	8 658	2 875	3 140	1 592	3,6
24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	2 212	1 098	25 359	12 779	5 523	6 228	1 371	3,3
250	Elektrotechnik	250	138	2 167	920	211	1 022	1 101	4,0
252	Feinmechanik und Optik	253	131	2 933	1 396	547	990	1 593	5,8
25	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	806	344	6 142	2 662	1 012	2 399	1 296	4,7
261	Holzverarbeitung (ohne Möbelpolsterei)	1 388	756	10 308	4 698	2 718	2 555	1 483	4,9
268	Druckerei und Vervielfältigung	109	62	1 515	808	483	224	2 420	9,5
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	1 537	835	11 903	5 512	3 239	2 815	1 543	5,2
276	Bekleidungsindustrie	1 222	109	621	198	146	277	252	1,8
27	Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie (einschließlich Möbelpolsterei)	2 686	296	1 649	419	559	660	306	1,7
284	Herstellung von Backwaren	1 624	865	11 906	3 558	3 403	4 753	1 239	3,7
291	Schlachtereier und Fleischverarbeitung	1 262	780	19 523	6 778	5 359	6 726	2 532	3,0
28/29	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3 020	1 694	32 875	10 561	9 319	12 046	1 834	3,0
2	Verarbeitendes Gewerbe	11 003	4 632	84 922	35 542	21 065	25 785	1 460	3,5
300	Hoch- und Tiefbau	1 424	917	45 216	6 735	20 805	15 901	1 068	3,2
308	Zimmerei und Dachdeckerei	701	272	4 684	1 684	1 019	1 643	840	2,5
30	Bauhauptgewerbe	2 202	1 229	50 844	8 495	22 282	17 932	1 042	3,1
310	Bauinstallation	1 378	733	11 231	6 144	491	4 531	981	3,1
312	Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei	1 849	758	7 817	4 062	561	3 120	804	3,6
315	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei	349	139	1 604	448	141	868	718	1,9
31	Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	3 578	1 631	20 692	10 654	1 231	8 521	884	3,1
3	Baugewerbe	5 780	2 860	71 536	19 149	23 513	26 453	991	3,1
40/41	Großhandel	82	32	2 048	597	971	394	2 550	1,1
42	Handelsvermittlung	36	10	200	2	15	183	1 176	2,4
434	Einzelhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	334	134	1 914	1 110	124	680	1 439	3,5
43	Einzelhandel	941	339	6 231	3 491	855	1 801	1 423	2,9
4	Handel	1 059	381	8 479	4 090	1 841	2 378	1 584	2,1
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12	5	25	-	-	25	424	1,4
701	Wäscherei und Reinigung (einschließlich Scharsteinfegergewerbe)	411	165	3 765	1 252	1 322	892	726	6,1
702	Friseur- und sonstiges Körperpflegegewerbe	2 009	515	2 680	512	146	2 018	298	2,8
7	Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und freien Berufen erbracht	2 621	749	7 702	2 257	1 637	3 504	513	4,2
	Handwerk insgesamt	20 475	8 627	172 664	61 038	48 056	58 145	1 145	3,2

1) einschließlich Werkzeuge, aktivierte geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge und Schiffe

und zum anderen wegen der Übersichtlichkeit nur die genügend stark besetzten Positionen gebracht werden, daher ergibt die Addition der Wirtschaftsgruppen (dreistellige Systematik-Nr.) nicht immer die Summe der nächsthöheren (zweistelligen) Wirtschaftsunterabteilung. In der Tabelle fehlen die Investitionen in unbebaute Grundstücke. Sie lassen sich durch Differenzrechnung ermitteln.

Vom gesamten Investitionsvolumen, das rund 173 Mill. DM betrug, kam etwa die Hälfte, nämlich 85 Mill. DM auf Handwerksunternehmen allein im verarbeitenden Gewerbe. Der durchschnittliche Investitionsbetrag je Beschäftigten machte hier 1 460 DM aus, auf den Umsatz bezogen wurden 3,5% investiert. Überdurchschnittlich hohe Beträge je Beschäftigten wurden in der Schlachtereierzeugung und Fleischverarbeitung mit 2 532 DM ermittelt. Die

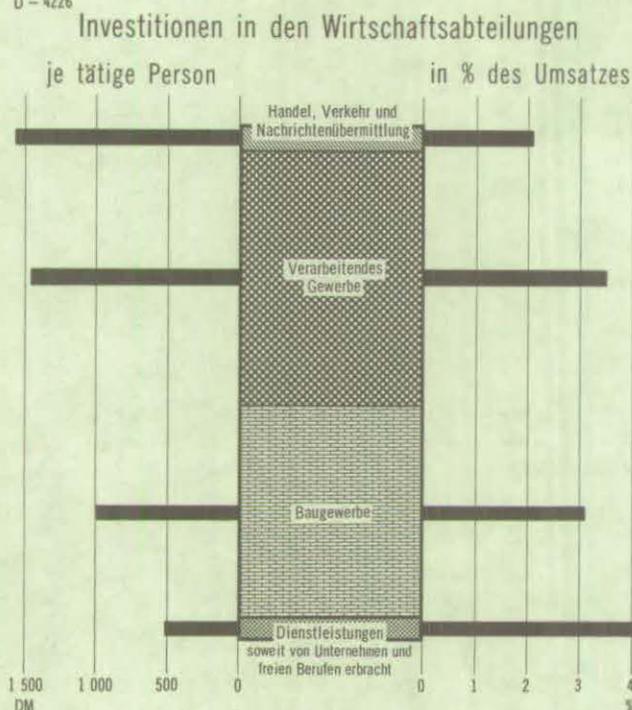
Druckereien und Vervielfältigungsbetriebe lagen mit 2 420 DM nicht weit darunter; mit 9,5% des Umsatzes war hier auch die Investitionsquote am höchsten. Eine geringe Investitionsintensität mit 306 DM je Beschäftigten und eine ebenfalls niedrige Investitionsquote von 1,7% des Umsatzes wies das Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe auf. Den Schwerpunkt handwerklicher Tätigkeiten stellt das Baugewerbe dar. Es investierte 1967 knapp 72 Mill. DM, erreichte aber nur 991 DM je Beschäftigten. Die Investitionsquote belief sich hier auf 3,1% des Umsatzes, blieb also knapp unter der des gesamten Handwerks. Im Dienstleistungsbereich, den man als zweiten Schwerpunkt des Handwerks bezeichnen kann, ist die Investitionstätigkeit etwas anders als im verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe zu sehen. Die Bereitstellung von Dienstleistungen erfordert im allgemeinen weniger Kapital als Arbeit. Die Investitionen je Beschäftigten (513 DM) sind daher niedriger als in warenproduzierenden Wirtschaftszweigen. Die überdurchschnittlich hohe Investitionsquote von 4,2% ist darauf zurückzuführen, daß der Umsatz hier relativ niedrig ist, weil der Materialeinsatz gering ist.

Für die nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit dem Handel zugeordneten Handwerker wurden 8,5 Mill. DM an Investitionen festgestellt. Die Investitionsintensität war im Großhandel mit 2 550 DM je Beschäftigten besonders hoch, die Investitionsquote jedoch besonders niedrig (1,1%). Das ist nicht erstaunlich, sondern hängt mit der spezifischen Funktion des Großhandels zusammen, der mit wenig Beschäftigten hohe Umsätze tätigt, die in ihrer wirtschaftlichen Qualität jedoch anders zu bewerten sind als Produktionsumsätze.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Wirtschaftsgliederung, Betriebsgrößen und Kreisergebnisse des Handwerks 1968" in Stat. Monatsh. S.-H. 1969, S. 47 (März)

D - 4226



Gemeindefinanzreform 1970

Nach dem Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen¹ erhalten die Gemeinden ab 1970 einen Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer von 14% und müssen dafür im Bundesdurchschnitt 40% der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital als Umlage abführen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird für jedes Land nach den Steuerbeträgen bemessen, die im Land unter Berücksichtigung

der Zerlegung eingenommen werden. Die Verteilung auf die Gemeinden richtet sich nach dem Aufkommen, das die in der Gemeinde wohnenden Steuerpflichtigen im Rahmen des sogenannten proportionalen Sockels aufgebracht haben. Als proportionaler Sockel ist der Teil des Einkommens (Bruttolohns) anzusehen, der dem proportionalen Steuersatz von zur Zeit 19% unterliegt. Das ist bei einem Ledigen ein zu versteuerndes Einkommen bis zu einer Höhe von 8 010 DM und bei zusammen-

1) Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. 9. 1969, BGBl. I, S. 1587

veranlagten Ehegatten bis zu 16 020 DM. Der proportionale Sockel setzt sich zusammen aus der gesamten Einkommen(Lohn)steuer der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis 8 010/16 020 DM und demjenigen Teil der Einkommen(Lohn)steuer der Steuerpflichtigen mit höherem Einkommen, der auf diesen Sockelbetrag entfällt, das sind 1 202 oder 2 404 DM. Das Aufkommen im proportionalen Sockel besteht also aus der Einkommen(Lohn)steuer der Steuerpflichtigen mit bis zu 8 010/16 020 DM Einkommen und dem Produkt der Anzahl der darüberliegenden Steuerpflichtigen mit 1 202/2 404 DM. Als Grundlage der Berechnung gelten für 1970 und 1971 die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1965. Um den Landesbetrag des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer verteilen zu können, wurde für jede Gemeinde eine Schlüsselzahl errechnet. Dabei wurde das Landesaufkommen aus dem proportionalen Sockel gleich 1 gesetzt und der jeweilige Anteil einer Gemeinde gemäß ihrem Aufkommen aus dem proportionalen Sockel in einer Dezimalzahl mit 7 Stellen hinter dem Komma ausgedrückt. Ein Beispiel mag das Berechnungsverfahren verdeutlichen: Das gesamte Aufkommen aus dem proportionalen Sockel macht in Schleswig-Holstein 625 Mill. DM aus und in der Gemeinde A 872 000 DM. Setzt man 625 Mill. DM = 1, so sind 872 000 DM = 0,0013948. Diese Schlüsselzahl bestimmt den jeweiligen Anteil der Gemeinden am gesamten Aufkommen an Einkommensteuer.

Der Gesamtbetrag der Gewerbesteuerumlage beläuft sich im Bundesdurchschnitt auf 40% des Gewerbesteueraufkommens nach Ertrag und Kapital. Die Umlage der einzelnen Gemeinde basiert auf den Grundbeträgen (Istaufkommen dividiert durch Hebesatz mal 100). Damit sollen die unterschiedlichen Hebesätze und der Einfluß der Tatsache, ob Lohnsummensteuer erhoben wird, ausgeschaltet werden. Diese Grundbeträge werden auf 120% hochgerechnet. Das entspricht im Bundesdurchschnitt einer Umlage von 40%, da der durchschnittliche Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 300% ausmacht. Hat eine Gemeinde einen höheren Hebesatz als 300%, so liegt ihre Umlage unter einem Anteil von 40%; ist er niedriger, so liegt die Umlage über 40%. Die schleswig-holsteinischen Gemeinden mußten für 1970 wegen ihrer unterdurchschnittlichen Hebesätze 42,3% des Aufkommens an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital als Umlage abführen. Die Umlage erhalten je zur Hälfte das Land und der Bund, weil sie jeweils die Hälfte zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer beitragen.

Die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die

Abführung der Gewerbesteuerumlage ist für Schleswig-Holstein in der Landesverordnung vom 23. 12. 1969² festgelegt. Danach werden im April, Juli und Oktober vom Statistischen Landesamt die Anteile der Gemeinden an der Einkommensteuer nach dem Landesaufkommen im vorangegangenen Vierteljahr berechnet. Die Gemeinden melden gleichzeitig an das Statistische Landesamt ihre Gewerbesteuerumlage. Aus beiden Summen wird ein Saldo gebildet. Überwiegt die Gemeindeeinkommensteuer, so wird der Saldo an die Gemeinden überwiesen, überwiegt die Gewerbesteuerumlage, so haben die Gemeinden den entsprechenden Betrag abzuführen. Für das 4. Vierteljahr erhalten die Gemeinden eine Vorauszahlung im Dezember. Dabei werden aber nur diejenigen Gemeinden berücksichtigt, die im 3. Vierteljahr eine Zahlung bekommen haben, also einen positiven Saldo hatten. Die Vorauszahlung hat die gleiche Höhe wie die Zahlung für das 3. Vierteljahr. Die Berechnung für das 4. Vierteljahr, die gleichzeitig Jahresabrechnung ist, findet im Januar des Folgejahres statt. Das hat zur Folge, daß die Auswirkung der Gemeindefinanzreform nicht mit Hilfe der Vierteljahresstatistik dargestellt werden kann, weil diese eine Kassenstatistik ist und daher nur die Zahlungsvorgänge bis zum 31. 12. eines Jahres erfaßt. Deshalb werden in der folgenden Darstellung die Daten für die Gewerbesteuerumlage und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus der Jahresabrechnung der Gemeindefinanzreform entnommen und alle übrigen Steuerangaben aus der Vierteljahresstatistik.

116 Millionen DM mehr Einnahmen

Ein Ziel der Gemeindefinanzreform war es, das Steueraufkommen der Gemeinden insgesamt zu erhöhen. Dieses Ziel ist 1970 erreicht worden. Das ursprüngliche Steueraufkommen der schleswig-holsteinischen Gemeinden beläuft sich auf 501 Mill. DM. Von den darin enthaltenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Höhe von 298 Mill. DM mußten sie 42,3% oder 126 Mill. DM als Gewerbesteuerumlage abführen und erhielten dafür von dem Aufkommen der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (einschließlich Zerlegung) in Höhe von 1,7 Milliarden DM 14%, was einem Anteil von 242 Mill. DM entspricht. Das neue Steueraufkommen ergibt also 617 Mill. DM, das sind per Saldo 116 Mill. DM oder 23% mehr als ohne Reform. Auf die Einwohnerzahl umgerechnet sind es 240 DM anstelle von 195 DM, oder 45 DM mehr. Der Zuwachs ist ziemlich gleichmäßig auf die Gemeindegrößen-

2) GVOBl. Schl.-H. S. 295

Die Auswirkung der Gemeindefinanzreform 1970

Gebietskörperschaft	Gemeindesteueraufkommen ohne Reform (ohne Berücksichtigung des Gewerbesteuerausgleichs)		Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Gewerbsteuer- umlage	Gemeindesteueraufkommen nach der Reform	
	Mill. DM	DM je Einwohner			Mill. DM	DM je Einwohner
Kreisfreie Städte	198	283	83	47	233	334
Kreisangehörige Gemeinden	281	150	159	78	361	193
Kreisverwaltungen	22	12	-	-	22	12
Schleswig-Holstein	501	195	242	126	617	240

klassen verteilt. Am günstigsten schneiden die kreisfreien Städte und die Gemeinden mit 10 000 - 20 000 Einwohnern mit 50 DM ab, gefolgt von den Gemeinden mit 2 000 - 3 000 Einwohnern (45 DM). Die anderen Größenklassen liegen leicht unter dem durchschnittlichen Zuwachs. Etwas stärker fallen die Gemeinden mit 1 000 - 2 000 Einwohnern

(40 DM) und die gewerbesteuerstarken der Größenklasse 20 000 - 100 000 Einwohner (39 DM) ab. Für 118 Gemeinden oder fast ein Zehntel von allen brachte die Gemeindefinanzreform Mindereinnahmen. Sie mußten mehr Gewerbesteuer abführen als sie Gemeindeeinkommensteuer einnehmen konnten.

Gemeindefinanzreform 1970 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Gewerbsteuerumlage		Gemeindeanteil an der Einkommensteuer		Überschuß der Gemeindeeinkommensteuer	
	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner
weniger als 1 000 Einwohner	6,5	17	23,0	59	16,5	43
1 000 - 2 000 "	5,3	26	13,6	66	8,3	40
2 000 - 3 000 "	2,9	32	6,9	77	4,0	45
3 000 - 5 000 "	6,8	38	14,6	81	7,8	43
5 000 - 10 000 "	12,7	46	25,0	90	12,3	44
10 000 - 20 000 "	16,6	49	33,3	98	16,7	50
20 000 - 50 000 "	23,0	69	37,5	112	14,5	44
50 000 - 100 000 "	4,7	84	5,3	94	0,6	10
Kreisfreie Städte	47,4	68	82,6	118	35,2	50
Schleswig-Holstein	125,9	49	241,7	94	115,9	45

Regional betrachtet ist der Zuwachs zwangsläufig unterschiedlicher als in den Größenklassen. Er streut von 59 DM (je Einwohner) in Kiel bis 27 DM in Segeberg. Er ist also in der kreisfreien Stadt mit der höchsten Mehreinnahme mehr als doppelt so groß wie in dem Kreis mit der kleinsten. In der Spitzengruppe liegen noch Hzgt. Lauenburg mit 57 DM, Neumünster mit 56 DM und Plön mit ebenfalls 56 DM. Den niedrigsten Zuwachs weisen, neben Segeberg, die Kreise Nordfriesland mit 35 DM, Steinburg mit 36 DM und Flensburg-Land mit ebenfalls 36 DM aus.

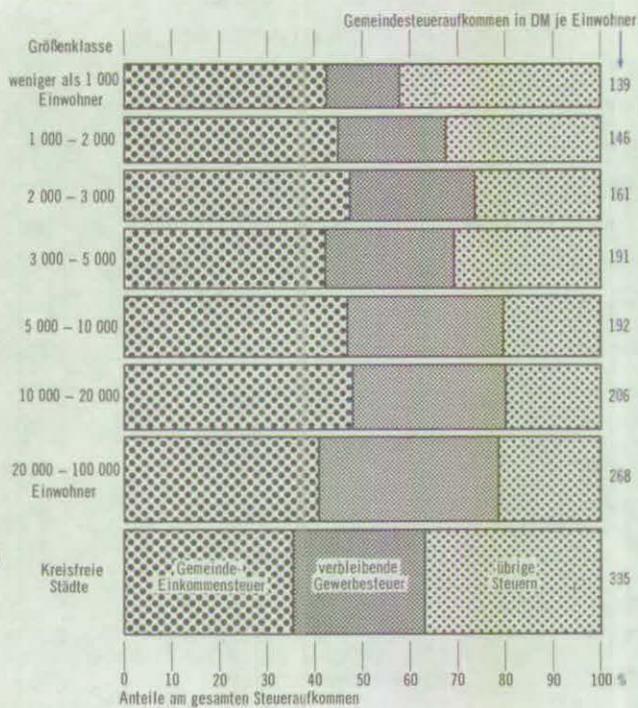
Einkommensteueranteil macht vier Zehntel der Gemeindesteuern aus

Ein weiteres Ziel der Gemeindefinanzreform war es, die Abhängigkeit der Gemeindeeinnahmen von der konjunkturrempfindlichen Gewerbesteuer zu mindern und die Gemeinden dafür an einer wachsenden und konjunktur-unabhängigeren Steuer zu beteiligen. Auch

dieses Ziel ist durch die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer erreicht worden. Durch die Reform ist 1970 nicht nur das Gewicht der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital geschmälert worden, sondern auch die Gemeindeeinkommensteuer an die erste Stelle der gemeindlichen Steuereinnahmen gerückt. Bezogen auf das ursprüngliche Gemeindesteueraufkommen würde die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital einen Anteil von sechs Zehntel stellen. Er steigt - bis auf die kreisfreien Städte - mit wachsender Größenklasse und macht bei den Gemeinden zwischen 20 000 und 100 000 Einwohnern drei Viertel aus. Die nach dem Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleibende Gewerbesteuer stellt jedoch nur noch knapp drei Zehntel der neuen Steuereinnahmen, während der Anteil der Einkommensteuer fast vier Zehntel ausmacht. Auch nach Gemeindegrößenklassen aufgegliedert sind die Anteile der Einkommensteuer immer höher als die der verbleibenden Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. In den kleineren

Die Zusammensetzung der Gemeindesteuern 1970

Vergleich der Größenklassen



Gemeinden ist die Einnahme aus der Einkommensteuer sogar größer als die gesamte Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Die Gewerbesteuer bringt bei den Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern 14,6 Mill. DM und die Gemeindefiskalsteuer 23 Mill. DM, bei den Gemeinden mit 1 000 - 2 000 Einwohnern sind es 12,1 Mill. DM und 13,6 Mill. DM und bei den Gemeinden mit 2 000 - 3 000 Einwohnern 6,7 Mill. DM und 6,9 Mill. DM. Das Gewicht der Gemeindefiskalsteuer streut zwischen einem Anteil von 35% bei den kreisfreien Städten und 48% bei den Gemeinden mit 10 000 - 20 000 Einwohnern; das der verbleibenden Gewerbesteuer schwankt zwischen 15% bei den Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern und 38% bei den Gemeinden mit 20 000 - 100 000 Einwohnern. Am geringsten ist der Abstand der Anteile zwischen Gewerbesteuer und Gemeindefiskalsteuer bei den Gemeinden mit 20 000 - 100 000 Einwohnern mit 3 Punkten und den kreisfreien Städten mit 8 Punkten. Der größte Abstand ergibt sich bei den Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern mit 27 Punkten und den Gemeinden mit 1 000 - 2 000 Einwohnern mit 23 Punkten. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß in einigen Gemeinden auch der Anteil der verbleibenden Gewerbesteuer größer ist als der der Gemeindefiskalsteuer. So macht beispielsweise die verbleibende Gewerbesteuer in Norderstedt 50% aus und die Gemeindefiskalsteuer 37%.

Die Streuung der Steuereinnahmen hat sich vermindert

Ein weiteres Ziel der Gemeindefinanzreform war es, die größten Unterschiede in der Steuerkraft der Gemeinden abzubauen, d. h. die Streuung der Gemeindesteuereinnahmen in DM je Einwohner zu vermindern. Auch dieses Ziel ist erreicht worden. Die Ursache für die große Streuung war die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. In den Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern beläuft sich ihr Aufkommen auf 38 DM je Einwohner und in den Gemeinden mit 20 000 - 100 000 Einwohnern auf 172 DM; es ist also mehr als viermal so groß. Der DM-je-Einwohner-Betrag steigt mit wachsender Größenklasse, wenn man von den kreisfreien Städten absieht. Demgegenüber steigt zwar auch der DM-je-Einwohner-Betrag der Gemeindefiskalsteuer mit wachsender Größenklasse, aber längst nicht so stark. Für die kleinen Gemeinden ergibt er 59 DM und für die kreisfreien Städte 118 DM, also nur doppelt so viel. Durch die Gewerbesteuerumlage wird dieser Effekt entscheidend verstärkt. Die Gemeinden mit hohem Gewerbesteuerertrag müssen entsprechend mehr Umlage zahlen als die mit niedrigem Gewerbesteuerertrag. Da aber die Gemeinden mit niedrigem Gewerbesteuerertrag relativ mehr Gemeindefiskalsteuer bekommen als die mit hohem, ergibt sich für die steuerschwächeren Gemeinden per Saldo ein größeres Plus. Im Durchschnitt hat sich das Steuereinkommen der schleswig-holsteinischen Gemeinden um 23% erhöht; in den kleineren Gemeinden (unter 1 000 Einwohner) sind es 44%. Die Zuwachsraten sinkt ziemlich gleichmäßig mit wachsender Größenklasse. Der Abstand vom Landesdurchschnitt hat sich in allen Größenklassen verringert:

Gemeindegrößenklasse	Gemeindesteuerertrag	
	ohne Reform	nach der Reform
	Abweichung vom Landesdurchschnitt in %	
weniger als 1 000 Einwohner	- 50	- 42
1 000 - 2 000 "	- 46	- 39
2 000 - 3 000 "	- 40	- 33
3 000 - 5 000 "	- 24	- 20
5 000 - 10 000 "	- 24	- 20
10 000 - 20 000 "	- 19	- 14
20 000 - 100 000 "	+ 17	+ 12
Kreisfreie Städte	+ 46	+ 40

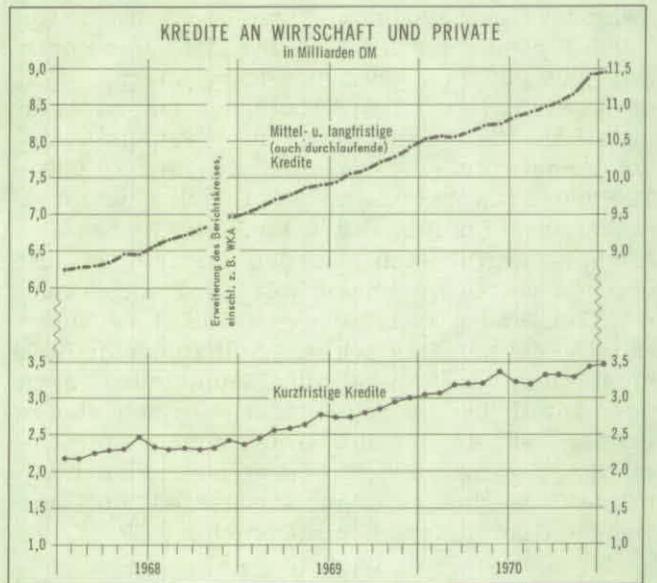
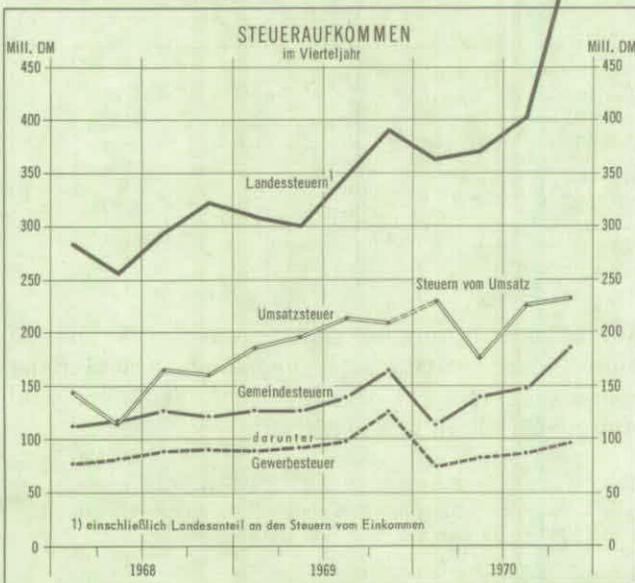
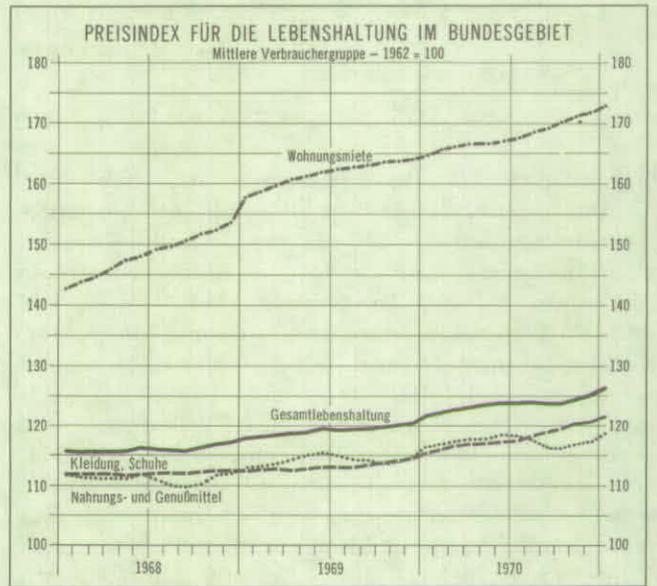
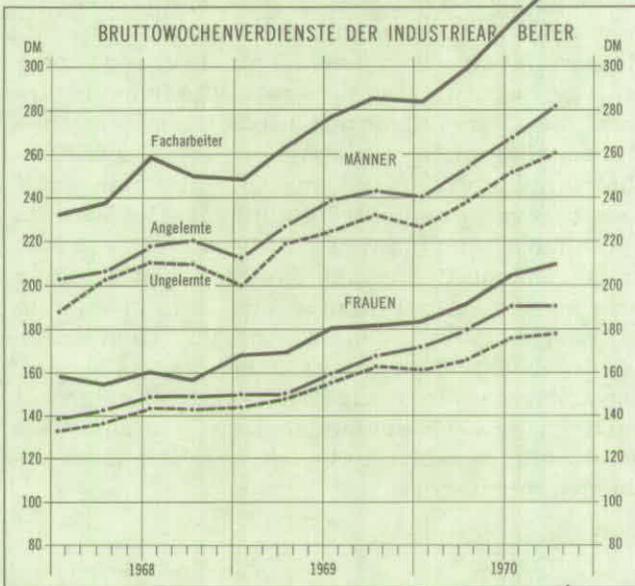
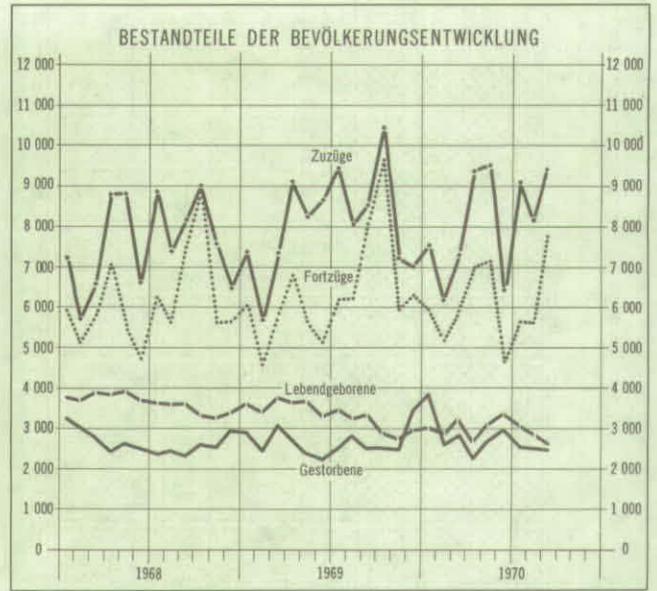
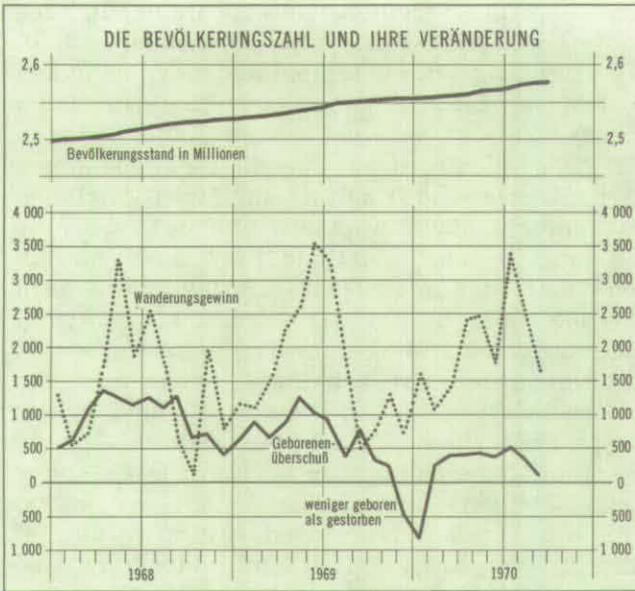
Bei den kleineren und steuerschwächeren Gemeinden wurde die negative Abweichung ebenso verringert wie bei den größeren und steuerstärkeren die positive.

Walter Dahms

Vergleiche auch: "Gemeindefinanzreform" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 267 (Dezember) und 1969, S. 3 (Januar)

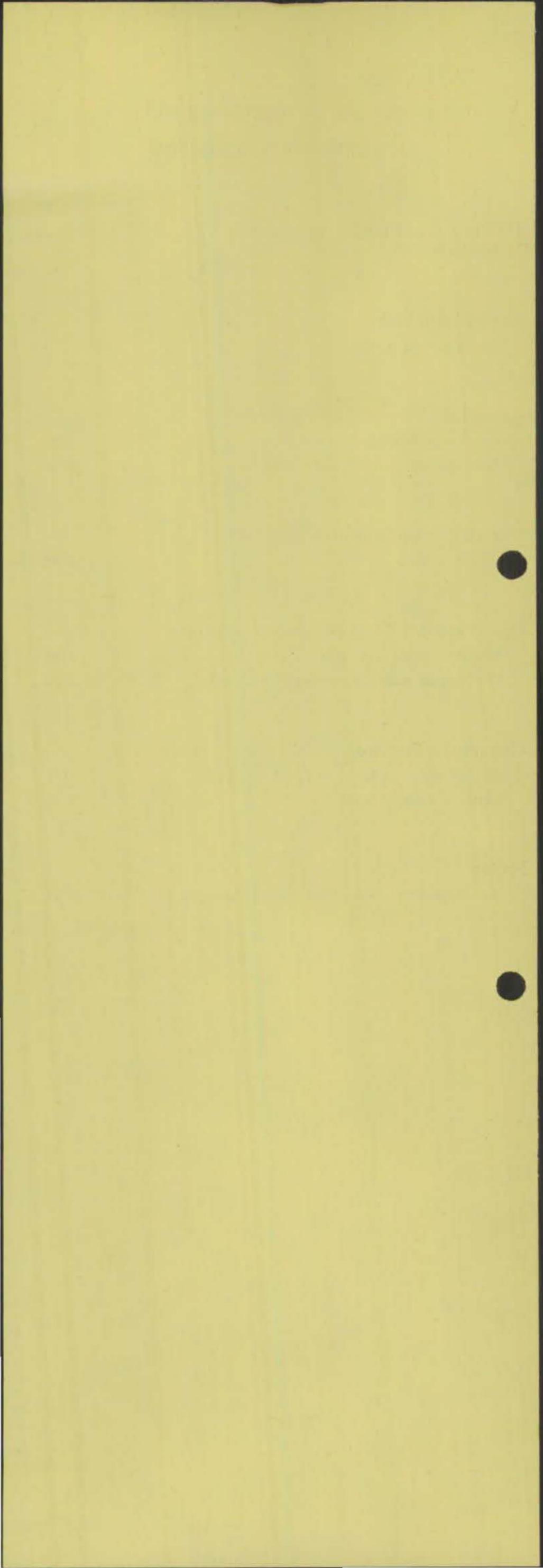
SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.



Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer 1970	1/15
Erwerbstätigkeit	
Erwerbstätige 1970	1/10
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebsgrößen Landwirtschaft	2/26
Getreide- und Ölfruchternte 1970	2/28
Industrie und Handwerk	
Industrie 1970	2/43
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohngeld 1969 und 1970	2/39
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen	2/33
Öffentliche Finanzen	
Gewerbsteuer 1966 (Teil 1)	1/2
Versorgungsempfänger	2/46
Preise	
Baulandumsatz 1962—1969	1/17



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 3 . März 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 544	2 557	2 557	2 558
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 588	1 212	1 485	971	1 746	1 201
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,5	5,8	6,8	4,5	8,0
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	3 365	2 777	2 981	3 025	2 590	2 718
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	15,9	13,2	13,7	13,9	11,8
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 706	2 511	3 467	3 868	2 705	2 678
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,8	12,0	16,0	17,8	12,4
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	75	70	79	70	55	65
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	25,2	26,5	23,1	21,2	23,9
*Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Anzahl	1 231	659	266	- 486	- 843	- 115	40
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	3,1	1,3	- 2,2	- 3,9	- 0,5
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 106	7 260	7 011	7 582
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 390	5 942	6 287	5 983
*Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	1 716	1 318	724	1 599
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	10 692	10 780	9 882	10 261
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	25 188	23 982	23 180	23 826
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	169	166	152	157
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	8	10	7	11	15	6	8	10	14
darunter *Männer	1 000	6	6	4	6	11	3	4	5	9
Offene Stellen	1 000	19	20	19	16	19	22	20	18	19
darunter für Männer	1 000	10	11	12	10	11	14	13	12	12
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 430 ^a	.	1 430	.	.	.	1 407	.
darunter *Milchkühe	1 000	505 ^a	518 ^a	.	518	.	.	.	496	.
*Schweine	1 000	1 701 ^a	1 680 ^a	.	1 680	.	.	.	1 774	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	172 ^a	.	172	.	.	.	183	.
darunter *trächtig	1 000	103 ^a	108 ^a	.	108	.	.	.	112	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	30	41	32	30	54	45	36	35
*Kälber	1 000 St.	3	3	2	3	3	2	2	3	3
*Schweine	1 000 St.	156 ^b	191 ^c	212	218	204	225	234	226	230
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11 ^b	9 ^c	16	17	17	7	21	18	20
*Schlachtungsmengen ²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	24,0	27,7	25,7	24,6	33,3	30,2	27,3	25,9
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	7,0	9,3	7,3	7,1	12,9	10,3	8,3	8,3
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
*Schweine	1 000 t	12,6	16,7	18,2	18,1	17,3	20,2	19,8	18,7	17,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	240	242	237	243	245	244	239	245
Kälber	kg	61	60	61	53	61	62	52	60	59
Schweine	kg	87	92	93	90	93	93	93	90	83
Geflügel										
Eingelegte Brutetier ³⁾										
*für Legehennenküken	1 000	523	528	484	396	442	486	539	166	566
*für Masthühnerküken	1 000	403	752	786	726	844	767	1 012	923	709
*Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	733	783	822	743	793	848	885	813
*Milcherzeugung	1 000 t	169	184	141	165	184	106	124	161	173
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	91	89	90	90	90	90	90	91
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,7	9,0	10,3	11,4	6,7	8,1	10,2	11,4

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18 c) Winterhalbjahr 1969/70 = 13

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Industrie und Handwerk										
Industrie⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	184	190	189	188	194	194	192	191
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	141	145	144	143	147	146	144	143
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	23	24	24	23	26	25	24	23
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	129,2	147,7	146,2	136,3	165,5	178,7	181,4	160,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	56,1	65,2	69,8	59,5	65,7	78,3	83,1	72,5
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	41	46	42	36	37	37	34	29
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	19 175	20 831	22 511	23 114	23 346	25 762	26 511	28 269
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	88	105	105	101	107	108	107	102
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	146	159	149	146	173	169	160	156
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	39	47	43	42	41	42	38	35
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	Mill. DM	746	983	1 088	1 130	919	1 184	1 115	1 194	984
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	157	200	207	121	145	135	142	124
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	157	176	159	140	170	172	157	165
Steine und Erden		115	129	149	66	33	186	165	138	68
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	124	147	109	127	128	133	100	121
Chemische Erzeugnisse		209	442	292	460	314	428	337	316	627
Papiere und Pappen		110	140	151	127	141	147	146	126	129
Stahlbauerzeugnisse		120	182	221	186	171	205	232	193	198
Maschinenbauerzeugnisse		108	135	144	141	126	143	148	163	140
Wasserfahrzeuge		110	139	162	144	145	160	165	150	155
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	257	345	355	239	305	342	303	303
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	141	227	173	83	154	163	162	109
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	249	309	239	198	219	224	195	200
Druckereierzeugnisse		115	238	302	259	205	269	285	262	270
Textilien		110	129	128	107	117	110	133	103	122
Bekleidung		101	103	126	95	105	119	113	84	114
Süßwaren		109	98	121	79	95	132	99	61	88
Milch und Milcherzeugnisse		109	124	98	114	121	73	97	113	125
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	159	201	191	190	195	184	193	188
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	116	138	68	46	152	148	116	83
Handwerk (Meßziffern)⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	98	.	97	.	.	.	96	.
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	138	.	178	.	.	.	195	.
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	142	.	188	.	.	.	208	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	195	209	226	203	272	299	294	356
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	397	439	491	499	492	499	537	554
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	17	25	25	15	19	23	27
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 200	61 523	60 951	60 312	63 154	62 394	61 784	60 962
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 062	8 528	4 594	3 132	10 225	9 012	7 739	5 019
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 404	3 660	1 777	1 251	4 261	3 793	3 349	2 227
*öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 342	3 542	2 017	1 253	4 556	3 944	3 310	1 818
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	52,2	57,9	33,4	22,4	84,5	74,6	69,8	41,9
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	5,8	6,4	8,5	6,2	6,9	7,4	10,1	7,2
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	161,3	203,1	319,5	101,7	238,2	228,1	372,1	119,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge 7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks =

1,45 t Braunkohlenbriketts 8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe 10) nach der Totalerhebung hochgerechnet d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	913	839	697	507	1 020	814	468	...
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	794	721	586	444	935	742	417	...
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	936	964	697	527	1 039	776	441	...
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	107 407	117 999	83 433	62 325	138 590	106 264	59 800	...
*Wohnfläche	1 000 qm	171	176	172	134	100	203	151	85	...
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	198	184	137	128	213	154	132	...
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	742	915	396	568	757	507	745	...
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	57 594	62 663	35 502	44 941	68 032	65 639	73 467	...
*Nutzfläche	1 000 qm	89	132	165	74	101	131	92	117	...
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 464	2 539	1 812	1 408	2 873	1 917	1 095	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 11)	Anzahl	2 447	2 009	1 428	12 826	268	1 354	1 683	12 074	...
Wohnräume	Anzahl	10 214	8 555	6 288	55 645	1 287	5 867	6 723	51 469	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	179,9	153,5	235,1	155,9	202,1	165,1	199,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	21,5	22,5	37,1	21,1	26,1	25,5	28,9	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	158,4	131,0	198,0	134,8	176,0	139,5	170,4	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,7	3,8	3,2	3,8	4,3	4,1	3,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	11,0	12,6	10,4	14,8	11,5	10,9	14,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	143,7	114,7	184,3	116,2	160,1	124,6	152,5	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,6	13,0	14,4	11,8	16,5	14,2	15,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	129,1	101,6	169,9	104,4	143,6	110,4	136,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,7	53,0	49,8	46,8	56,1	59,3	65,2	...
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	16,6	8,9	11,4	15,7	20,5	17,4	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,2	17,6	19,0	17,2	20,2	18,5	20,7	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	58,9	40,7	95,2	35,9	64,7	45,4	53,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	10,3	8,0	8,8	10,3	11,5	10,8	15,4	...
Großbritannien	Mill. DM	5,2	24,2	6,7	61,3	6,0	6,5	6,0	7,3	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	4,2	4,1	4,7	3,9	3,5	3,7	7,3	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	11,0	8,1	5,9	13,8	9,9	8,9	...
Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 266	1 596	1 626	1 736	1 364	3 664	2 072	4 061	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	694	1 041	1 448	1 930	675	5 001	7 297	4 121	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	30 013	33 574	29 369	27 449	40 195	33 044	26 966	30 015
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 499	41 810	37 628	36 121	49 866	42 947	37 393	34 739
Index der Einzelhandelsumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
*Index der Gastgewerbesumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	180	72	61	58	119	73	61	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	8	7	6	16	9	6	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 411	235	204	197	511	241	215	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	39	17	15	12	29	18	13	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	246	251	263	165	303	283	315	207
*Güterversand	1 000 t	354	386	406	282	113	461	404	354	178
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter	Anzahl	5 806	6 718	6 139	6 227	4 868	7 868	7 291	7 152	...
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	15	9	7	5	3	7	11	...
*Personenkraftwagen 12)	Anzahl	4 982	5 884	5 431	5 394	4 309	6 880	6 473	6 386	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	443	408	417	347	481	454	466	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 263	1 556	1 136	877	1 613	1 476	1 594	p 1 095
*Getötete Personen	Anzahl	56	65	104	60	39	88	84	84	p 67
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 718	2 069	1 508	1 167	2 185	1 936	2 200	p 1 480

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71			
		Monats- durchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	14 825	14 601	14 825	14 918	15 957	16 055	16 502	16 602
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 052	2 971	3 052	3 059	3 344	3 325	3 469	3 506
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 007	2 945	3 007	3 024	3 310	3 287	3 426	3 460
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 065	1 000	1 065	1 073	1 176	1 218	1 343	1 331
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 021	960	1 021	1 027	1 123	1 161	1 277	1 262
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	10 708	10 630	10 708	10 787	11 437	11 512	11 690	11 765
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	9 412	9 338	9 412	9 483	9 921	9 992	10 152	10 205
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	10 094	9 883	10 094	10 168	10 771	10 831	11 288	11 413
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	4 798	4 784	4 798	4 828	5 266	5 305	5 478	5 566
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 304	3 271	3 304	3 345	3 684	3 728	3 870	3 954
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 295	5 099	5 295	5 340	5 504	5 526	5 810	5 846
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 376	3 253	3 376	3 409	3 497	3 506	3 686	3 697
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	244	208	294	381	344	260	353	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	214	195	297	328	313	238	349	...
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	17	0,3	200	3	0,4	0,4	281	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	10	9	11	7	13	12	19	10
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	3	-	3	1	3	2
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	459	403	407	392	438	440	415	...
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	0,838	0,815	0,621	0,878	0,990	0,962	1,170	...
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	204 500	167 433	365 756	182 796	213 472	182 319	403 370	246 294
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	137 453	87 008	303 064	86 861	108 141	106 291	295 024	132 970
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	72 413	91 832	129 737	79 630	112 432	107 427	141 463	121 698
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	48 793	- 8 590	125 402	374	- 9 572	- 4 478	119 087	8 086
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 312	462	2 225	1 767	4 516	1 081	2 259	1 683
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	14 935	3 304	45 700	5 090	766	2 261	32 214	1 504
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	67 047	80 425	62 692	95 936	72 740	76 028	82 817	103 965
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	50 013	59 567	48 084	77 773	51 653	53 670	60 759	86 215
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	17 034	20 859	14 608	18 163	21 087	22 358	22 059	17 750
*Bundessteuern	1 000 DM	64 743	77 213	90 531	94 667	51 474	79 516	80 572	108 237	58 108
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 264	15 340	2 419	12 829	8 473	9 706	8 899	8 236
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	66 232	73 752	86 165	35 384	67 745	65 917	91 373	46 182
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 390	2 420	3 831	1 492	2 984	2 371	3 583	1 306
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	23 512	29 309	19 644	23 148	21 998	30 900	21 064	23 212
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	4 198	11 409	1 322	2 897	1 937	13 852	2 201	1 644
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	12 076	10 884	11 529	15 147	14 614	12 007	13 074	16 301
*Biersteuer	1 000 DM	721	932	948	790	878	1 063	977	1 007	966
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	139 658 ⁺	.	164 323 ^{e)}	.	.	.	139 519 ^{e)}	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	75 652 ⁺	93 077 ⁺	.	117 803 ^{e)}	.	.	.	86 531 ^{e)}	.
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 182 ⁺	.	6 881 ^{e)}	.	.	.	6 262 ^{e)}	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	19 714 ⁺	.	17 373 ^{e)}	.	.	.	21 890 ^{e)}	.
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	192 368	201 409	263 422	131 432	193 600	179 727	308 246	192 964

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite

e) 1. 10. - 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969/70			1970/71				
		Monats- durchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
noch: Steuern											
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	112 857	85 864	216 635	114 786	123 540	120 256	301 327	167 369	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	89 345	56 555	196 992	37 830	46 870	45 939	219 901	57 400	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 808	38 376	43 416	47 597	82 077	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 296	.	12 764	4 679	
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	139 658 ⁺	.	164 323 ^e	.	.	.	188 250 ^e	.	
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	80 479 ^e	.	
Preise											
Preisindexziffern im Bundesgebiet											
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	108,0	105,5	106,8	107,5	106,3	106,6	106,5	107,9	
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	104,8	111,3	113,4	113,7	115,0	117,5	118,0	118,3	119,9	
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	101,9	104,2	104,9	104,7	103,6	103,4	103,4	.	
Erzeugerpreise											
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0 ^f	101,5 ^g	103,9	104,3	105,8	108,5	109,1	109,6	110,9	
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ^f	106,2 ^g	107,8	109,1	106,4	97,4 ^p	95,8 ^p	96,3 ^p	97,0	
Preisindex für Wohngebäude											
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	127,2	132,6	.	.	.	151,8	.	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)											
	1962/63=100	107,7 ^f	105,8 ^g	104,8	105,1	105,4	108,5	108,9	109,5	110,5	
Einzelhandelspreise											
	1962=100	104,6	108,7	109,3	109,8	111,0	112,9	113,6	114,1	115,3	
Preisindex für die Lebenshaltung 16)											
darunter	1962=100	109,0	119,3	120,1	120,6	122,1	124,2	124,8	125,2	126,6	
Nahrungs- und Genußmittel		109,0	114,2	113,9	114,7	116,5	116,4	116,9	117,2	118,8	
Kleidung, Schuhe		107,1	113,2	114,2	114,5	115,7	119,8	120,5	120,7	121,7	
Wohnungsmieten		118,5	161,9	164,0	164,3	165,2	170,8	171,9	172,2	173,3	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	117,8	122,5	122,8	123,2	126,9	127,5	128,1	129,5	
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	109,5	110,5	110,8	111,6	115,8	116,2	116,6	117,4	
Löhne und Gehälter 17)											
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste											
*männliche Arbeiter	DM	211	259	.	.	265	317	
darunter Facharbeiter	DM	224	274	.	.	285	339	
*weibliche Arbeiter	DM	125	157	.	.	165	184	
Bruttostundenverdienste											
*männliche Arbeiter	DM	4,58	5,71	.	.	5,92	6,97	
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,06	.	.	6,29	7,47	
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	3,83	.	.	4,06	4,44	
Bezahlte Wochenarbeitszeit											
*männliche Arbeiter	Std.	45,3	45,2	.	.	44,9	45,5	
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	.	.	40,8	41,4	
Geleistete Wochenarbeitszeit											
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,2	.	.	40,6	42,9	
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,7	.	.	36,9	39,2	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste											
in Industrie und Hoch- und Tiefbau											
Kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	1 020	1 317	.	.	1 403	1 504	
*weiblich	DM	666	852	.	.	899	979	
Technische Angestellte											
*männlich	DM	1 148	1 409	.	.	1 494	1 643	
*weiblich	DM	687	876	.	.	918	1 006	
in Handel, Kredit und Versicherungen											
Kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	897	1 157	.	.	1 184	1 307	
*weiblich	DM	557	719	.	.	749	820	
Technische Angestellte											
männlich	DM	1 019	1 261	.	.	1 398	1 459	
weiblich	DM	.	(852)	
in Industrie und Handel zusammen											
Kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	934	1 208	.	.	1 257	1 372	
*weiblich	DM	588	758	.	.	795	867	
Technische Angestellte											
*männlich	DM	1 138	1 398	.	.	1 490	1 634	
*weiblich	DM	687	875	.	.	918	1 004	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinvertienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste e) 1.10. - 31.12.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli - Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 2.5. ²⁾			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt ³⁾				Netto- inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zugs- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
	in 1 000											
1965	225	41	34	27	44	22	7	15 572	9,7	6 427	10 747	12 040
1966	231	41	37	26	45	23	7	16 728	7,4	6 807	11 097	12 844
1967	221	44	43	22	46	23	9	p17 681	.	p 7 108	p15 253	p13 171
1968	228	46	46	22	45	24	9	p18 987	p 7,4 ^a	p 7 550	p16 289	.
1969	p 236	p 49	p 49	p 22	p 45	p 24	p 10	20 848 ^a	9,8 ^a	8 193 ^a	17 200 ^a	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
	in 1 000			in 1 000							
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch				Produktions- index 9) 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t					
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	644	920	792	116	70
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	576	937	787	123	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	507	952	791	127	62
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	p 157	63

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen 2) ab 1967: am 15.10. 3) 1967 bis 1969 revidierte Ergebnisse, mit den Vorjahren nicht vergleichbar 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer 8) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts 9) arbeitstäglich 10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger
a) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 26. April 1970 ¹⁾		Industrie ²⁾			
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vormonat in %	Betriebe am 31. 12. 1970	Beschäftigte am 31. Dezember 1970		Umsatz ³⁾ im Dezember 1970 in Mill. DM
				Anzahl	je 1 000 Einwohner	
FLENSBURG	96 754	- 0,0	70	8 555	89	50
KIEL	276 038	- 0,0	154	32 254	117	134
LÜBECK	242 636	- 0,0	146	32 567	134	179
NEUMÜNSTER	84 656	+ 0,1	64	11 025	130	43
Dithmarschen	135 448	- 0,1	64	6 301	46	76
Flensburg-Land	74 871	+ 0,1	33	953	13	7
Hzgt. Lauenburg	144 588	+ 0,0	97	9 314	64	49
Nordfriesland	164 657	+ 0,4	47	2 913	17	31
Ostholstein	187 798	+ 0,4	75	5 707	30	33
Pinneberg	248 355	+ 0,3	225	24 761	99	165
Plön	108 774	- 0,0	48	2 873	26	23
Rendsburg-Eckernförde	228 488	+ 0,1	124	11 827	52	55
Schleswig	101 469	+ 0,1	38	3 356	33	43
Segeberg	169 837	+ 0,4	168	13 307	77	85
Steinburg	135 931	- 0,1	93	11 153	82	64
Stormarn	163 727	+ 0,1	106	14 688	89	157
Schleswig-Holstein	2 564 027	+ 0,1	1 552	191 554	74	1 194

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1971 (vorläufige Zahlen)			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1971		
	Unfälle	Getötete ⁴⁾	Verletzte	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	35	1	43	23 409	21 146	...
KIEL	110	5	153	68 020	61 394	...
LÜBECK	91	5	118	56 945	50 603	...
NEUMÜNSTER	35	3	49	21 833	19 327	...
Dithmarschen	69	3	97	40 739	30 926	...
Flensburg-Land	34	4	43	25 618	19 351	...
Hzgt. Lauenburg	55	3	69	41 044	33 588	...
Nordfriesland	72	9	100	49 923	38 551	...
Ostholstein	63	2	87	50 983	41 055	...
Pinneberg	99	3	128	67 675	58 397	...
Plön	50	3	62	34 447	27 324	...
Rendsburg-Eckernförde	93	9	124	66 249	52 177	...
Schleswig	33	3	57	30 870	23 625	...
Segeberg	103	4	146	56 779	46 243	...
Steinburg	66	2	86	38 496	30 362	...
Stormarn	87	8	118	47 834	40 745	...
Schleswig-Holstein	1 095	67	1 480	720 864	594 814	...

- 1) Neuere Kreiszahlen können z. Z. nicht veröffentlicht werden, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 noch nicht vorliegen
2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 31. 12. 1970 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 9. 1970 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Dezember 1970			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 9. 1970	Rindvieh am 3. Juni 1970	
		VZ 1961	30. 6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	18	26	161	...	10,2	1 918	1 531	495
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	24	50	2	...	9,9	19	19	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	57	115	309	...	9,7	6 165	3 011	1 012
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	10	13	2	...	9,9	11	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	186	547	227	...	9,8	4 280	2 002	724
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	64	226	104	...	9,1	1 478	939	354
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	24	62	75	...	8,6	868	765	278
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	106	511	203	...	8,4	2 213	1 848	752
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	90	313	532	...	8,6	4 561	4 475	1 958
Saarland	1 127	+ 5	-	4	23	8	...	8,8	83	75	30
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	21	63	0	...	14,5	.	.	.
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	603	1 949	1 624	...	9,1	21 597 ^a	14 685 ^a	5 614 ^a

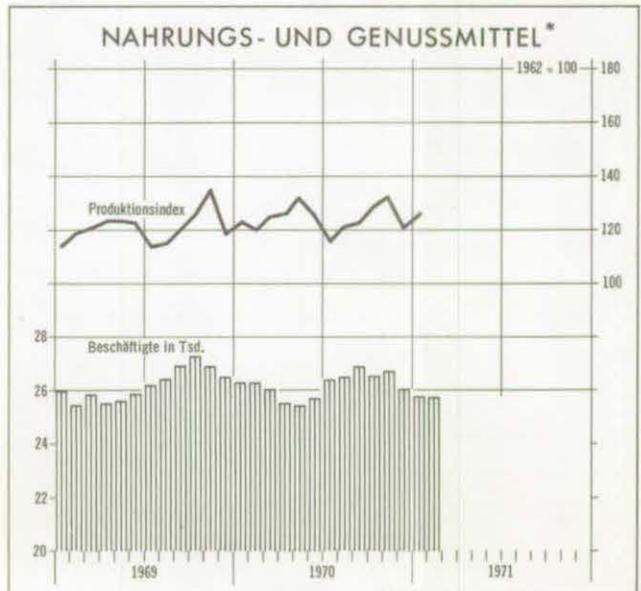
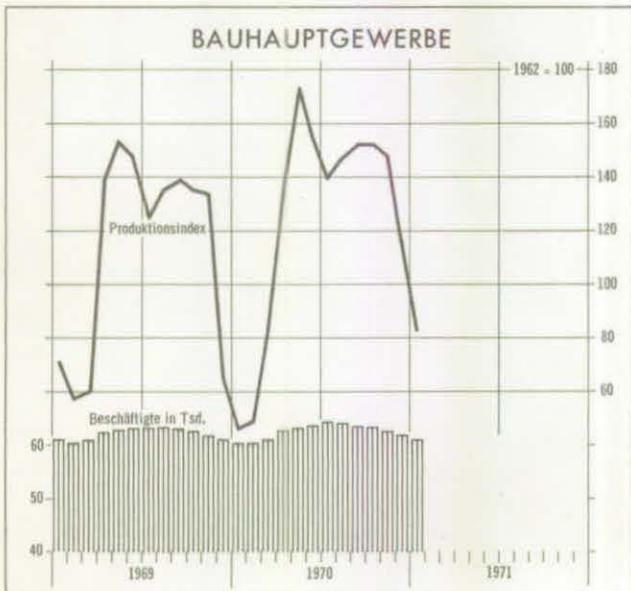
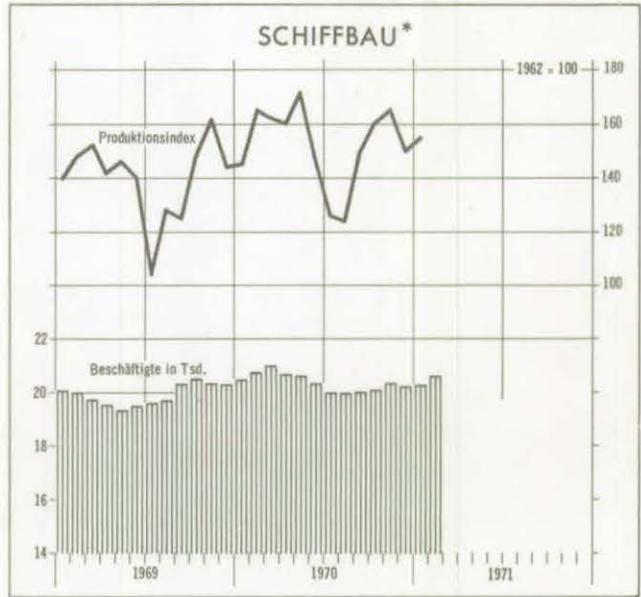
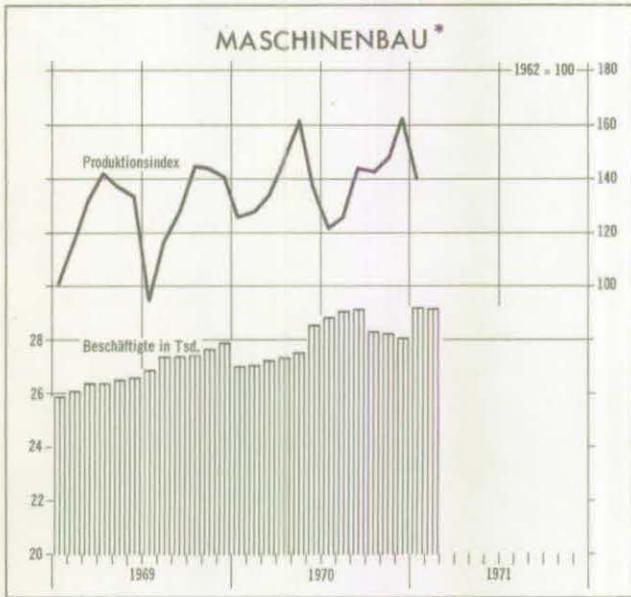
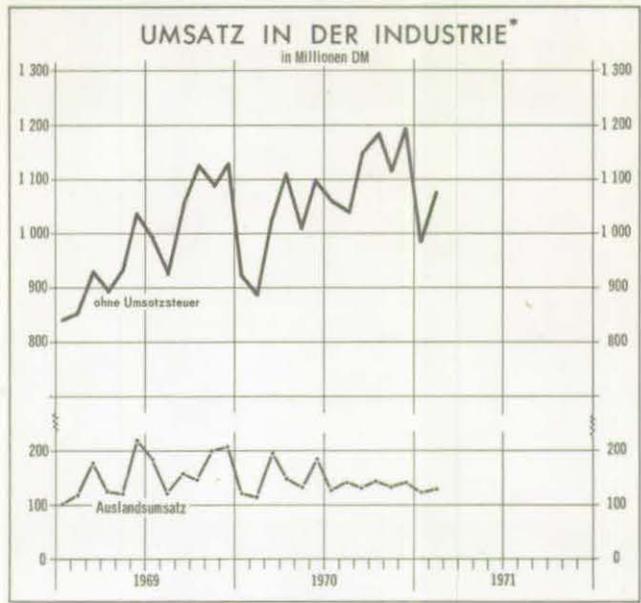
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1970			
	Beschäftigte am 30. Sept. 1970		Umsatz ²⁾ im Sept. 1970		Produktions- index ³⁾ 1962=100 im Sept. 1970	Beschäftigte am 31. Okt. 1970		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
Schleswig-Holstein	194	75	1 149	11	171	63	24	2 873	11,2	1 354	5,3
Hamburg	211	116	1 669	14	127	48	26	2 037	11,2	760	4,2
Niedersachsen	809	114	4 741	21	146	184	26	5 657	8,0	4 712	6,6
Bremen	102	135	825	12	180	22	30	251	3,3	1 414	18,7
Nordrhein-Westfalen	2 718	158	15 992	19	143	392	23	14 943	8,7	12 856	7,5
Hessen	762	140	3 868	21	164	143	26	5 213	9,6	2 047	3,8
Rheinland-Pfalz	412	112	2 617	20	217	91	25	2 768	7,5	1 648	4,5
Baden-Württemberg	1 625	181	7 901	20	163	241	27	10 085	11,3	11 103	12,5
Bayern	1 415	133	7 035	20	165	309	29	11 136	10,5	8 876	8,4
Saarland	173	153	735	28	151	23	20	418	3,7	230	2,0
Berlin (West)	265	124	1 357	10	140	49	23	1 711	8,0	1 595	7,5
Bundesgebiet	8 685	141	47 888	19	156	1 565	25	57 092	9,3	46 595	7,6

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1970			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im November 1970				Bestand an Spar- einlagen am 30. 11. 1970 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 3. Vierteljahr 1970		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 8)	Bundes- 8)	Gemeinde- steuern in DM je Einwohner
		Anzahl	je 1 000 Ein- wohner								
		in 1 000									
Schleswig-Holstein	698	573	...	1 476	84	1 936	137	2 153	190	237	58
Hamburg	478	433	...	1 177	37	1 569	136	4 059	354	1 611	119
Niedersachsen	1 967	1 600	...	3 915	311	5 241	142	2 669	190	229	62
Bremen	187	167	...	439	28	562	134	3 013	247	875	118
Nordrhein-Westfalen	4 304	3 762	...	9 365	460	12 455	138	3 066	222	931	80
Hessen	1 584	1 336	...	3 139	189	4 415	147	3 331	243	352	82
Rheinland-Pfalz	1 035	826	...	1 914	111	2 723	148	2 711	188	255	63
Baden-Württemberg	2 587	2 130	...	4 443	265	6 516	153	3 215	220	337	78
Bayern	3 135	2 426	...	5 520	421	7 815	149	3 181	207	264	72
Saarland	270	233	...	552	30	720	136	2 498	185	202	50
Berlin (West)	474	428	...	1 238	29	1 604	132	2 427	146	492	69
Bundesgebiet	16 783 ^b	13 941 ^b	...	33 178	1 965	45 556	143	3 022	215	351	75

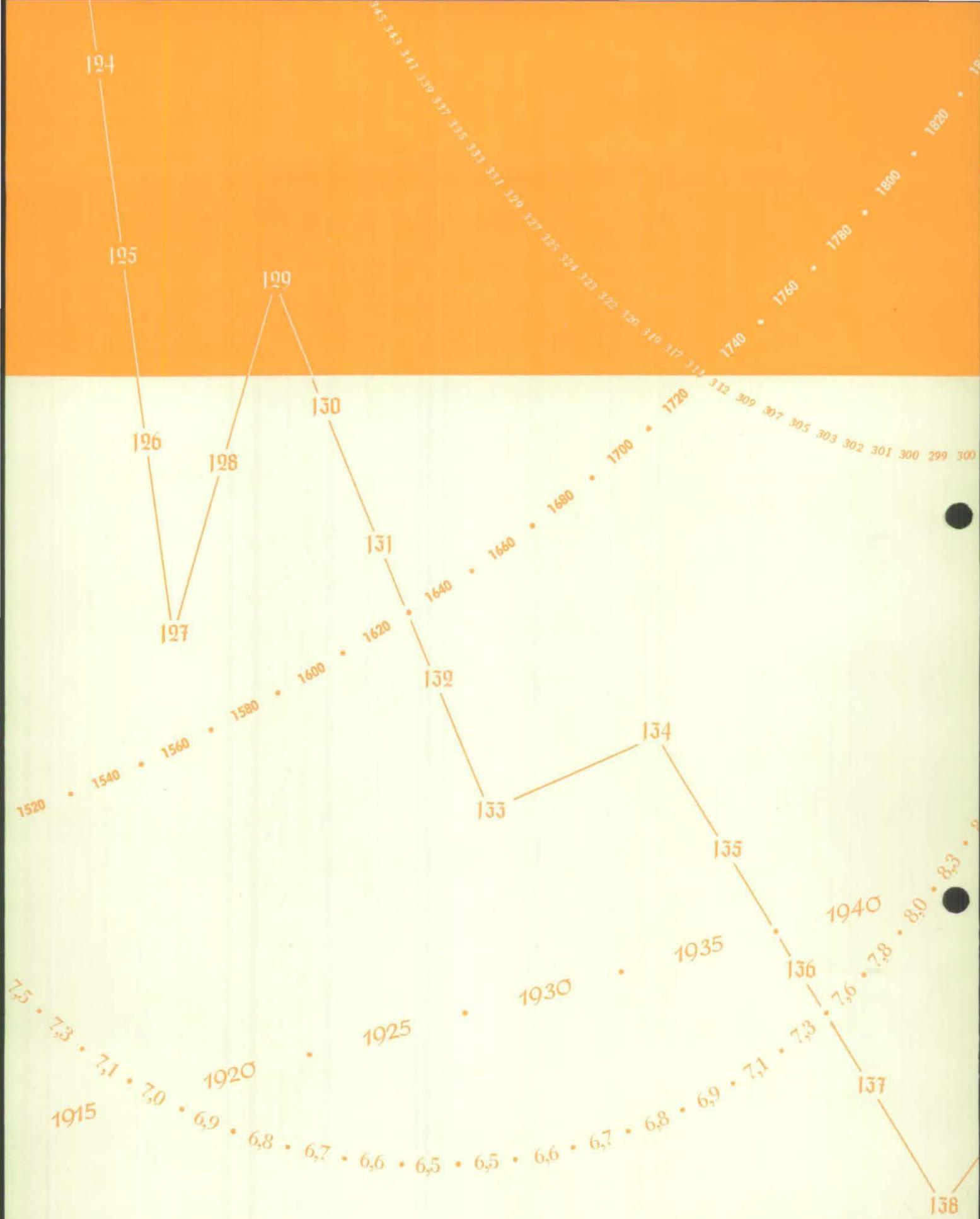
- * An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt
 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postspareinlagen
 8) Gemeinschaftssteuern jeweils anteilig enthalten
 a) ohne Berlin (West)
 b) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 62 089 Kfz und 27 236 Pkw

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*1) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheja

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen